

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Alexander Muthmann

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Claudia Stamm

Abg. Peter Winter

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe die beiden **Tagesordnungspunkte 3 a und 3 b** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2016) (Drs. 17/7865)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2015/2016 (Nachtragshaushaltsgesetz 2016 - NHG 2016) (Drs. 17/7866)

- Erste Lesung -

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache und erteile zunächst Herrn Staatsminister Dr. Markus Söder das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt gibt es etwas Hausmannskost.

(Allgemeine Heiterkeit – Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben gut zugehört!)

- Ich höre immer gut zu. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden in der nächsten Zeit das umzusetzen haben, was heute an großen politischen Entscheidungen vorgegeben wurde. Wir versuchen, das Integrations- und Unterbringungsmanagement dabei auch finanziell auszubilden. Eines kann man vorweg sagen: Wir stehen nicht nur vor einer kulturellen und sicherheitstechnischen, sondern natürlich auch vor einer unglaublichen finanziellen Herausforderung und Verantwortung. Die Flüchtlingsfrage wird sehr viel Geld kosten. Ein Wegducken wird es dabei nicht geben. Deswegen muss eines klar sein: Auf Dauer werden es uns die Bürger nicht durchgehen las-

sen, wenn wir Milliarden Euro nur für Flüchtlinge mobilisieren und kein Geld mehr für die Einheimischen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir legen Ihnen heute den Nachtragshaushaltsentwurf und die zugehörigen Nachschublisten vor. Wir investieren dabei viel Geld. Meine Damen und Herren, wir können das. Bayern kann diese enorme Herausforderung schultern, weil wir starke Schultern haben. Aber seien wir ganz ehrlich: Nur wir können das, und auch wir werden es nicht ewig können. Wir werden es nächstes Jahr schaffen, aber wenn die Zahlen weiter so steigen, haben wir nicht nur ein politisches, sondern auch ein finanzielles Problem. Darum ist klar, dass eine Begrenzung der Zuwanderung die beste haushaltspolitische Maßnahme ist, die man als Vorsorge beim Thema Asyl treffen kann, meine Damen und Herren. Das ist der beste Weg.

(Beifall bei der CSU)

Wie gehen andere Bundesländer mit diesem Thema um? – Es trifft ja nicht nur Bayern, wenngleich es Bayern besonders trifft. Aber wie gehen andere Länder damit um? – In den meisten anderen Ländern werden zusätzlich zu den Schulden, die jetzt schon gemacht werden, neue Schulden aufgenommen. In anderen Bundesländern werden den Partnern, den Kommunen, einfach weniger oder nur bestimmte Beträge gegeben. In anderen Bundesländern kann man die Integrationsherausforderung nicht so meistern, wie wir es tun. Meine Damen und Herren, es ist der falsche Weg, jetzt Schulden zu machen und die derzeitige Flüchtlingssituation auf Kosten der nächsten Generation hinzunehmen.

(Beifall bei der CSU)

Darum haben wir bei der Haushaltsaufstellung nicht nur einfach gefragt, was es kostet, sondern wir haben von Anfang an einen klaren Rahmen, eine klare Matrix für die Haushaltsphilosophie entwickelt. Die folgenden drei Grundsätze müssen gelten:

Erstens. Wir haben als erstes Bundesland in Deutschland den ausgeglichenen Haushalt eingeführt und zu einem Markenzeichen gemacht. Wir werden diesen ausgeglichenen Haushalt, den Bayern als Pionier der Haushaltspolitik erreicht hat, erhalten. Jetzt Schulden für das Thema Asyl zu machen, wäre der falsche Weg.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Die Tilgung von Schulden ist eine Langfristaufgabe. Die Tilgung der Schulden des Freistaats Bayern ist ein großes Ziel, das wir in den letzten Jahren, lieber Peter Winter, mit großem Erfolg vorangebracht haben. Vergleichen wir einmal: Das Land Nordrhein-Westfalen nimmt nach alter Diktion in jeder Sekunde 66 Euro an neuen Schulden auf. Künftig werden es deutlich mehr sein. Dieses Land hat seine Schuldenlast Jahr für Jahr erhöht. Im Freistaat Bayern werden dagegen in jeder Sekunde 15 Euro Altschulden getilgt. Dies wird sich auch durch die neuen Herausforderungen nicht ändern. Meine Damen und Herren, wir werden den Weg der Schuldentilgung weitergehen. Wir halten an dem Ziel, im nächsten Jahr über eine halbe Milliarde Euro an Schulden zu tilgen, weiterhin fest. Zeigen Sie mir ein Bundesland, das aus eigener Kraft viel Geld investieren und trotzdem noch Schulden tilgen kann. Das kann nur der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Wir lehnen Steuererhöhungen ab. Einige fordern bereits höhere Steuern. Ich war sehr beeindruckt, dass auf europäischer Ebene bereits überlegt wird, einen Aufschlag auf deutsche Steuern zu machen, damit in der EU Flüchtlingsfragen diskutiert werden können. Dieser Vorschlag kam, obwohl die EU keine Kompetenz für das Steuerrecht hat. Abgesehen davon sind wir generell dagegen, Steuern an Europa zu überweisen. Europa erhält bereits viel Geld. Außerdem hat sich Europa in den letzten Wochen nicht so bewährt, dass man neue Steuern dorthin geben sollte.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen auch keine Leistungen kürzen. Auch dazu gab es schon viele Vorschläge. Meine Damen und Herren, unterschätzen Sie nicht die Situation: Unsere Bürger beginnen bereits jetzt, bei ganz normalen gesetzlichen Verfahren, zum Beispiel zur Gesundheitsvorsorge, zu hinterfragen, was sie sich wegen des Themas Asyl künftig nicht mehr leisten können. Leider wurden auch viele Gerüchte gestreut. Jedem muss klar sein, dass Integration kein akademisches KopftHEMA für die oberen Zehntausend ist. Alle, die sich öffentlich zum Thema Integration zu Wort melden, sind meistens selbst davon nicht betroffen. Die Integration bezahlen immer die unteren Einkommensschichten, zum Beispiel wenn es um Jobs oder um Wohnungen geht. Unterschätzen Sie daher nicht die Herausforderungen, vor denen wir stehen, wenn es zum Beispiel um die Gesundheitsvorsorge geht. Die Integration muss so gestaltet werden, dass sie nicht nur von den unteren Einkommensschichten bezahlt wird. Deshalb sind wir an dieser Stelle gegen Leistungskürzungen für die bayerischen Bürger.

(Beifall bei der CSU)

In Sankt Quirin haben wir bereits die ersten Signale gesetzt. Ich will ehrlich sein: Das Thema Asyl hat uns dabei sehr beschäftigt. Seit über einem Jahr haben wir diese Flüchtlingsbewegung. Seit über einem Jahr müssen wir immer wieder nachsteuern und uns auf neue Herausforderungen einstellen. In Sankt Quirin haben wir beschlossen, noch einmal einen großen Batzen an zusätzlichem Geld, über 900 Millionen Euro, zu investieren, sodass wir damals bereits 1,47 Milliarden Euro, also rund 1,5 Milliarden Euro, für die Zuwanderung und die Integration eingesetzt haben.

Die Zahlen sind dann wegen der Notwendigkeit der Unterbringung und anderer Herausforderungen explodiert. Diese Zahlen können und dürfen wir nicht ignorieren. Deswegen steuern wir jetzt noch einmal wuchtig nach. Wir nehmen die Herausforderungen an und versuchen, neben einer Begrenzung der Zuwanderung die Integration derjenigen Menschen zu erreichen, die eine Schutzperspektive haben. Für das Thema Asyl werden weitere 1,785 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Das bedeutet, dass für dieses Thema im Jahr 2016 3,25 Milliarden Euro aufgewandt werden.

Wenn ich die Mittel, die im Jahr 2015 noch zusätzlich eingesetzt werden, und die Mittel für das Jahr 2016 zusammennehme, ergibt das 4,5 Milliarden Euro für diese Herausforderung. Für dieses Geld könnten wir 700.000 neue Studienplätze schaffen. Meine Damen und Herren, das ist ein gewaltiger finanzieller Kraftakt, den nur der Freistaat Bayern stemmen kann.

(Beifall bei der CSU)

Ich gebe aber ganz offen zu: An dieser Stelle wird Schulterklopfen allein nicht mehr helfen. Diese Anstrengungen können wir so nicht mehr fortsetzen. Auch wir stoßen an unsere Grenzen. Hier nützt uns auch kein Lob nach dem Motto: Ja, ja, ja, ihr Bayern schafft das schon. Ihr habt doch genügend Geld. Beahlt das doch einmal. Ihr seid doch die Stärksten in Deutschland. Wer, wenn nicht ihr, kann das schaffen? - Meine Damen und Herren, was nützt es den Schwächeren, wenn der Stärkste so schwach gemacht wird, dass er keine Hilfe mehr geben kann? - Dies wäre der falsche Weg. Wir können eine solche Situation einmal schultern. Auf Dauer wird das aber nicht möglich sein. Jedem muss klar sein: Wenn wir im nächsten Jahr die gleichen Zahlen wie in diesem Jahr bekommen, hätten wir kein finanzielles Problem, sondern ein Totalversagen der deutschen Politik. Wir müssen darauf reagieren.

(Beifall bei der CSU)

Wofür geben wir dieses viele Geld aus? – Der größte Teil dieses Geldes wird für die Unterbringung aufgewandt. Ich sage ausdrücklich: Wir in Bayern lassen uns an dieser Stelle nichts vorwerfen. Wir erfüllen diese Aufgabe anständig, christlich und so, dass die Menschen ein ordentliches Dach über dem Kopf haben. Die Menschen erhalten eine ordentliche medizinische und gesundheitliche Versorgung und eine gute Ernährung. Wir helfen dabei den Kommunen wie kein anderes Land. Die Tatsache, dass die Bayerische Staatsregierung und die Landräte gemeinsame Signale nach Berlin senden, ist in anderen Bundesländern nicht selbstverständlich. In anderen Bundesländern haben die Landesregierungen den Kommunen von Anfang an weniger Geld gegeben.

Dies belegt übrigens der Bund, indem er bei der Finanzierung der Flüchtlinge als Basis eine Pauschale von 670 Euro pro Flüchtling ansetzt. Wir zahlen im Schnitt über 1.000 Euro.

Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern wendet somit fast doppelt so viel Geld pro Flüchtling auf wie der Bund. Deshalb kann niemand sagen, dass sich Bayern an dieser Stelle nicht am Gebot der Nächstenliebe orientiere. Ein Land, das sich bei dieser Frage stärker an der Nächstenliebe orientiert, gibt es in Deutschland nicht. Wir helfen.

(Beifall bei der CSU)

Es gab auch Diskussionen um die Bezirke. Den Bezirken werden im nächsten Jahr 632 Millionen Euro, also über eine halbe Milliarde Euro, für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge überwiesen.

Deswegen brauchen wir uns da auch nicht zu verstecken. Sicher möchte jeder noch mehr. Das verstehe ich. Ich habe großen Respekt davor. Auch die Bezirke haben zusätzliche Belastungen. Wir müssen uns aber gegenseitig, jeder in seinem Verantwortungsbereich, unterhaken.

Wir sollten übrigens an der Stelle auch über Folgendes diskutieren. Ich rege das nur an; der Bundesfinanzminister hat es auch getan. Wir reden immer darüber, wie wir das alles finanzieren können. Lassen Sie uns auch einmal die Frage stellen, ob all diese Kosten in jedem Einzelfall gerechtfertigt sind. Wenn die Betreuung unbegleiteter Minderjähriger unabhängig von einer differenzierten Prüfung pro Monat mehr kostet als das, was eine Rentnerin, die ihr Leben lang in Deutschland gearbeitet hat, an Rente bekommt, dann stimmen die Verhältnisse nicht mehr. Wir müssen überprüfen, ob das auf Dauer so bleiben kann, und vor allem, ob das gerecht ist. Dieser Kostenfaktor ist sehr wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Das große Paket der Integration mit unterschiedlichen Maßnahmen für die Schutzbedürftigen und die Menschen, die hier sind und die wir integrieren wollen, wurde schon angesprochen. Eine Maßnahme beschäftigt den Landtag immer wieder, weil sie kurz- und langfristige Folgen hat. Sie wirkt sich nicht so sehr auf den Haushalt des jeweiligen Jahres aus, aber sie wirkt sich langfristig aus: Dass insgesamt über 5.000 Stellen neu geschaffen werden, ist schon ein dicker Brocken. Diese Stellen sind notwendig, sie sind aber insgesamt ungefähr so viel, wie wir die letzten zehn Jahre eingespart haben, weil wir den Staat verschlanken wollten. Darum halte ich es für wichtig, dass wir diese Stellen mit dem berühmten Kürzel "kw" versehen, um die langfristige Belastung zu reduzieren und kurzfristige Erfolge zu erzielen.

Ich halte es für richtig, dass wir in Stellen investieren und dass wir diese Stellen vor allem in den Bereichen schaffen, die für den Rechtsstaat so wichtig sind. Wenn ich an die Polizei, die Gerichte und die innere Verwaltung denke, muss ich Ihnen sagen, dass es hier fast schon zu spät ist. Diese Säulen sind für uns wichtig. Dabei geht es übrigens nicht nur um Asyl, sondern auch darum, dass die Sicherheitskräfte ihre normalen Aufgaben noch erfüllen können; denn wir hören jetzt schon, sie seien durch viele, viele Fragen gebunden. Man sieht es, das zieht sich über den ganzen Tag hin. Ich jedenfalls sage ehrlich: Jede Stelle bei der Polizei ist gut angelegtes Geld für den Freistaat Bayern. Dabei bleiben wir.

(Beifall bei der CSU)

Wir lassen unsere innere Verwaltung übrigens nicht hängen. Sie leistet Unglaubliches. Heute wurde es schon mehrfach angesprochen: Ich bin der ganz festen Überzeugung, dass wir die Beschlüsse schon vor eineinhalb Jahren hätten treffen müssen, die morgen im Bundesrat getroffen werden;

(Zuruf von der CSU: Dann wären wir schon weiter!)

denn dann hätten wir wirklich die Abschreckungswirkungen erzielt, über die heute alle reden. Zumindest hätten wir Optionen für die Zurückhaltung. Wir haben im letzten Jahr

hier im Parlament über ein Thema diskutiert, über das wir zwar nicht zu entscheiden hatten, das aber die Wirtschaftspolitiker und die Sozialpolitiker betrifft, den Mindestlohn. Wir haben darum gebettelt, dass wir für die Asylverfahren etwas mehr Personal bekommen, um den Stempel draufmachen zu können. Von den Entscheidern wussten wir, was wir brauchen. Es geht um die Leute, die den Stempel draufmachen. Dazu hieß es: Nein, das geht nicht, wir haben kein Geld, wir haben keine Optionen, das braucht es nicht. Ich bin der festen Überzeugung, hätten wir die 1.700 oder 1.600 Zöllner, die wir zur Überwachung der Einhaltung des Mindestlohns eingesetzt haben, gleich für die Asylverfahren eingesetzt, hätten wir heute manches Problem nicht mehr. Das ist ein Fehler gewesen.

(Beifall bei der CSU)

Die Ironie der Geschichte übrigens: Ein Teil dieser Leute wird jetzt herübergezogen, um die anderen Aufgaben zu erfüllen. An der Stelle haben wir, glaube ich, Recht behalten.

Nur ganz kurz zu den Wohnungen. Der Ministerpräsident hat es gesagt. Bisher haben wir über Mietpreisbremsen gesprochen, die wichtig sind; ich stehe dazu. Überraschenderweise hat man aber mit Mietpreisbremsen noch keine einzige neue Wohnung geschaffen. Deswegen brauchen wir dringend Möglichkeiten für den Wohnungsbau. 28.000 Wohnungen sollen es sein. Dafür setzen wir sehr viel Geld ein, unser Geld, Geld für den sozialen Wohnungsbau, Geld für den staatlichen Wohnungsbau und Geld der Kommunen. Das ist ein ganz wichtiges Argument, um die Kommunen zu unterstützen. Ich bleibe aber dabei: Das Allerwichtigste wird sein, dass wir die unglaublich große Menge an Kapital des Marktes für den Wohnungsbau nutzen und mobilisieren.

Seien wir einmal ganz ehrlich: Bei Standards und Verfahren mangelt es am meisten. Ich sehe es allein beim Staatsbediensteten-Wohnungsbau, für den wir, der Freistaat Bayern, zuständig sind. In München und anderswo – das ist jetzt kein Vorwurf an die kommunalen Körperschaften – gibt es Verfahren, die fünf bis zehn Jahre dauern.

Wenn wir heute unser Bauprogramm so anlegen würden, dass wir zehn Jahre brauchen, bis eine Wohnung entsteht, wird man uns nicht abnehmen, dass das ein großer Erfolg ist. Deswegen müssen wir die Standards senken und öffnen und mehr Flexibilität schaffen. Bauen muss in Deutschland schneller und besser möglich sein; nur dann ist unser Geld gut eingesetzt.

(Beifall bei der CSU)

Über die Schule ist schon gesprochen worden. Ich glaube, der Kultusminister ist vor Glück gar nicht da.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der sucht nach weiteren Stellen im Ministerium!)

Er hat sich gar nicht getraut, so viel zu fordern, wie er jetzt bekommt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der rechnet erst einmal nach, wieviel Personal er hat!)

Interessant wird dabei sein, dass wir jetzt überall Lehrer brauchen. Übrigens ist es ganz interessant, dass jetzt Berufe, die zu ergreifen wir vor drei oder vier Jahren Kindern nicht empfohlen hätten, weil sie keine großen Optionen haben, jetzt riesige Chancen haben. Ich denke allein daran, wie viele Sozialpädagogen wir brauchen. Eine solche Berufswahl hätten wir vor zehn Jahren noch nicht empfohlen. Ich sage damit nicht, dass der Job schlecht ist. Im Moment suchen wir händeringend Sozialpädagogen.

Wenn wir die vielen Lehrer finden sollen, die die Übergangsklassen und die Berufsintegrationsklassen gestalten, wenn wir es schaffen sollen, diese Lehrkräfte so kurzfristig zu mobilisieren, dann haben wir in Bayern einen unschlagbaren Vorteil gegenüber anderen Bundesländern: Wir bezahlen unsere Beamten besser. Darum ist es richtig, nicht immer zuerst bei den Beamten zu sparen, sondern den öffentlichen Dienst ordentlich zu besolden. Bayerns Beamten geht es besser, und darum werden wir auch mehr Lehrer finden.

(Beifall bei der CSU)

In dem Zusammenhang halte ich auch den Islamunterricht für sehr wichtig. Dabei geht es nicht nur um die Unterrichtung in Religion, Martin Neumeyer. Es geht darum, den Islamunterricht auf den Kern zurückzuführen, nämlich auf die Werte, die gar nicht so weit von den unseren entfernt sind. Jetzt kommt es darauf an, einen europäischen Islam aufzuzeigen, der mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Die Grundbotschaft muss immer lauten: Das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung gehen vor der Scharia. Das muss in einem Islamunterricht in Bayern auch gezeigt werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden die Sprachförderung ganz massiv stärken. Wir brauchen Deutschkurse in den Erstaufnahmeeinrichtungen, Sprachförderung an den weiterführenden Schulen und Sprachförderung für Erwachsene. Alles das tun wir. Die Asylsozialarbeit, die einen wichtigen Beitrag zur Integration leistet, wird noch einmal massiv gestärkt. Ein Wunsch vieler Beteiligter ist es, den Übergang von der Schutzbedürftigkeit zur Integration zu gewährleisten. Ich sage an dieser Stelle ein Dankeschön an alle diejenigen, die uns helfen, die Kosten dafür zu senken, weil sie selbst Vieles leisten. Vor allem die Kirchen vor Ort – das sage ich als Synodale – leisten unglaublich viel. An mancher Stelle wäre es gut, wenn die Akzeptanz weiter oben in der Kirchenhierarchie genauso groß wäre wie die Einsatzgeschwindigkeit vor Ort. Ich glaube, da kann jeder noch eine Menge leisten. Wir tun es, meine Damen und Herren. Andere könnten auch noch ein bisschen etwas leisten.

(Beifall bei der CSU)

Das sind die Ausgaben, die wir für die Asylpolitik haben und die wir auch tätigen wollen. Damit steigt unser Haushalt auf nunmehr 55,24 Milliarden. Die Steigerung beträgt 2,935 Milliarden. Von diesem Betrag entfallen 92,3 % nur auf Asyl und Zuwanderung. Diese Zahlen sind deswegen wichtig, weil sie uns auch zur Haushaltsdisziplin ermahnen, die wir vor einem Jahr beschlossen haben, als wir gesagt haben: Uns ist jetzt

nicht nur ein ausgeglichener Haushalt wichtig, uns ist es jetzt nicht nur wichtig, Schulden zu tilgen, sondern wir wollen auch eine Wachstumsbegrenzung. Bayern versucht immer, seine eigenen Ziele zu toppen; wir wollen unsere Ziele nicht nur immer mit den Zielen anderer vergleichen. Ohne Asylpolitik wären wir unter eine Steigerungsrate von 3 % gekommen. Jetzt liegen wir natürlich deutlich darüber. Ich glaube aber, diese Steigerung ist gerechtfertigt, weil die Asylpolitik eine große Herausforderung ist. Ich sage es ausdrücklich: Wir hätten die Wachstumsbegrenzung locker einhalten können, jetzt haben wir aber eine große Herausforderung, vor der wir uns nicht wegducken dürfen.

Zwei Punkte möchte ich noch ansprechen, die wir außerhalb der Asylpolitik bezahlen. Beide sind wichtig. Der erste Punkt ist der kommunale Finanzausgleich. Er ist und bleibt die Basis für die symbiotische Verflechtung von Staat und Gemeinden. Es geht immer nur miteinander und nicht gegeneinander. Ich habe erst gestern beim Gemeindegtag gesprochen. Ich glaube, dass die Kommunen wissen, was sie am Freistaat Bayern haben, und das auch schätzen. Der kommunale Finanzausgleich erhöht sich ähnlich wie unsere Steuerentwicklung auf 8,4 Milliarden Euro. Was ganz besonders wichtig ist: Wir haben nicht einfach erhöht, sondern wir haben drei Elemente noch verbessert. Die Investitionspauschalen werden sich um 8 % erhöhen; die Schlüsselzuweisungen um 3 %; vor allem werden sie sich stärker für die kleinen Gemeinden erhöhen. Wir haben in einem mehr oder minder sensiblen Prozess mit den Spitzenverbänden die Umverteilung beschlossen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Umverteilungspolitik!)

Das war nicht leicht zu schaffen. Wir konnten noch einen großen Batzen umverteilen, damit die Kleineren und die Schwächeren dabei sind und auch die Großstädte ihren Beitrag erbringen. Ganz besonders wichtig ist: Wir erhöhen die Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen – ursprünglich waren das einmal 25,6 Millionen Euro -, auf 150 Millionen Euro. Das sind noch einmal 25 % mehr. Damit werden wir unserer Verantwortung gerecht, schwächere, strukturell nicht einfache, von der Demografie herausgeforderte Gemeinden stärker zu unterstützen. Wir setzen nicht nur auf Großstäd-

te, wir investieren auch im ländlichen Raum, meine Damen und Herren. Das ist nämlich die Aufgabe, die Bayern hat.

(Beifall bei der CSU)

Wir treffen auch Vorsorge für das Betreuungsgeld. Wir haben eigentlich gedacht, dass nicht wir es finanzieren müssen. Ich sage das ausdrücklich. Da geht es jetzt auch um die wichtige Frage, wie ernst sich Politik selber nimmt. Es gab Mehrheiten, es gab Beschlüsse, auch in der Großen Koalition. Ich sage Danke dafür, dass das im Koalitionsvertrag so war. Das war zwar nicht ganz freiwillig, aber am Ende im Konsens. Das Verfassungsgericht hat eine andere Entscheidung getroffen, nicht inhaltlich, sondern formal.

Meine Damen und Herren, was wäre das für ein Signal an Tausende von Familien, wenn wir aus einer formalen Zuständigkeitsfrage, aus einer formalen Debatte zwischen Bund und Ländern heraus Familien ein Stück Lebensplanung kaputt machen würden? – Darum, glaube ich, ist das ein Signal. Heute haben wir schon einmal von Hausfrauen geredet.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und Hausmännern! – Peter Winter (CSU): Hausmänner!)

- Ist ja wurscht, wer es in Anspruch nimmt: Hausmann, Hausfrau, Hausmacht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Das kann man sehen, wie man will. – Das eine wächst zum anderen. Egal, wie man das definiert: Wichtig ist, dass wir unser Wort halten, dass wir die Perspektive bieten und vielen jungen Familien, die den Weg gehen wollen, die ersten Lebensjahre intensiver mit ihren Kindern zu verbringen, Nähe zu finden, das Elterndasein verantwortungsbewusster wahrzunehmen, nicht das Instrument Betreuungsgeld aus der Hand nehmen. Wir halten Wort, und wir werden es mit Unterstützung des Bundes finanzieren. Ich glaube, das ist ein richtiges und wichtiges Signal für das Familienland Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Das sind die Ausgaben. Wie finanzieren wir das? – Sie haben es schon der Veröffentlichung entnehmen dürfen: zum einen natürlich aus Bundesmitteln. Unser Ministerpräsident hat das in Berlin verhandelt, wofür wir sehr dankbar sind. Sonst wäre das echt schwierig gewesen. Aber schließlich trägt der Bund die Verantwortung für die Integrationsherausforderungen.

Das Zweite ist auch ganz klar – das kann kein anderes Land –: Wir finanzieren das aus eigener Kraft. Und warum, meine Damen und Herren? – Weil wir gut gewirtschaftet haben. Die bayerische Wirtschaft funktioniert, die bayerischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind fleißig. Das sind sie übrigens auch in Baden-Württemberg. Die Arbeitnehmer überall in Deutschland sind fleißig, aber die Politik ist überall eine andere. Unsere Politik der letzten Jahre war immer vorausschauend und maßvoll. Deswegen konnten wir für solche Fälle eine große Reserve zurücklegen. Der ORH bestätigt uns dies ausdrücklich. Mit guten Steuereinnahmen, Haushaltsführung, Ausgabenresten und einer Verstärkung aus den Reserven können wir das finanzieren. Wir können – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – diese Stabilisierung mit 1,25 Milliarden aus unserer Rücklage nehmen und behalten trotzdem noch einiges auf der hohen Kante. Man weiß nie, was in diesen Tagen noch passieren kann. Nennen Sie mir ein Land, das keine Schulden machen muss, Schulden tilgen und gleichzeitig aus eigener Kraft, mit eigenen Mitteln, solche Beträge finanzieren kann und trotzdem noch etwas auf der hohen Kante hat, meine Damen und Herren! Das ist eine ordentliche und solide Haushaltsführung, die wir hier betreiben.

(Beifall bei der CSU)

Fazit: Der Nachtragshaushalt, den wir Ihnen vorlegen, hat insgesamt 520 Seiten und 600 Einzeltitel. Die Nachschublisten – übrigens ein Standardverfahren, das wir immer wieder praktizieren – sind natürlich der Aktualität geschuldet. Das Verfahren ist natürlich schneller und herausfordernder, als es in der Vergangenheit der Fall war. Darum

sage ich schon jetzt vorab ein Dankeschön an alle, die nicht maulen, vor allem aber dem Haushaltsausschuss, der in den nächsten Wochen Schwerstarbeit zu leisten hat, das alles einzuarbeiten. Lieber Peter Winter, Herr Halbleib, ich sage allen, die mitarbeiten, schon einmal Dankeschön. Der Haushaltsausschuss schafft es entsprechend seinem eigenen Selbstverständnis. Wenn es einer schafft, dann natürlich der Haushaltsausschuss.

(Volkmar Halbleib (SPD): Charmeoffensive!)

- Das ist wirklich so. Das zu entscheiden, ist wirklich schwierige Arbeit. Das ist keine Floskel, sondern das ist tatsächlich so. – Danke also an alle, die mitarbeiten.

Aus meiner Sicht kann man folgendes Fazit ziehen, meine Damen und Herren. Ich finde, der heutige Tag passt sehr gut dafür. Wir haben heute Morgen das klare Signal in Richtung Berlin gesetzt, was vor allem die Begrenzung der Zuwanderung betrifft. Jedem ist klar: Ohne diese klaren Signale und ohne diese Veränderung ist das, was wir heute Nachmittag leisten können, bestenfalls Stückwerk. Wir würden zwar die Not lindern und einer Herausforderung begegnen können, befänden uns vielleicht am Ende des nächsten Jahres aber genau in derselben Situation und müssten feststellen, dass auch uns irgendwann die Mittel ausgehen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir es unserer Bevölkerung gegenüber schwer vertreten könnten, wenn am Ende das Finanzpolster und die Finanzkraft nicht mehr für die notwendigen Investitionen für bayerische Bürgerinnen und Bürger ausreichen würden, weil wir unverantwortliche Entscheidungen anderswo zu ertragen haben, obwohl wir in Bayern über Jahrzehnte ordentlich gewirtschaftet haben, wir mit manch schwieriger Maßnahme seit über zehn Jahren einen ausgeglichenen Haushalt halten, wir Vorsorge für die Zukunft treffen. Wir wissen um internationale Verpflichtungen; aber die oberste Verpflichtung dieses Hauses heißt, für die Einheimischen, für Bayern da zu sein. Das tun wir mit diesem Nachtragshaushalt.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bevor ich nun Herrn Halbleib zum Rednerpult bitte, darf ich auf der Ehrentribüne Frau Präsidentin Simone Fleischmann – sie ist die neue Chefin des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes – mit charmanter Begleitung ganz herzlich begrüßen und willkommen heißen. Ich freue mich über Ihre Anwesenheit. Wir wünschen Ihnen einen angenehmen, informativen und vor allem konstruktiven Nachmittag hier bei uns im Bayerischen Landtag. Heute betrifft unsere Debatte vor allem Ihr Fachgebiet. Das ist doch ganz interessant. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Halbleib ist schon am Rednerpult. Ich darf Ihnen zum aktuellen Tagesordnungspunkt trotzdem noch sagen: Die CSU hat 32 Minuten, die SPD 24 Minuten, die FREIEN WÄHLER haben 20 Minuten und die GRÜNEN 20 Minuten. Die Redezeit ist vom Ältestenrat auf insgesamt 96 Minuten festgelegt worden. – Bitte, Herr Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Frau Präsidentin Fleischmann, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatsminister! In Fortsetzung der Grundsatzdebatte, die wir heute Morgen geführt haben, darf ich eingangs ein Zitat des Präsidenten des Bayerischen Städtetags, Dr. Ulrich Maly, in den Mittelpunkt stellen:

Bayern kann Integration. Das zeigt ein Blick in die vergangenen Jahrzehnte: Bayerische Städte und Gemeinden sind Heimat geworden für Flüchtlinge und Vertriebene nach 1945, für "Gastarbeiter" in den 1970er-Jahren und für Spätaussiedler in den 1990er-Jahren. Integration funktioniert über Kindergarten, Schulen, Sprachunterricht und Beruf. Flüchtlinge und Asylbewerber mit Bleiberecht brauchen eine Perspektive: Sie müssen Chancen bekommen, um sich in die Gesellschaft integrieren zu können.

Das ist genau richtig. Bayern kann Integration, wenn Bayern Integration will, wenn die Politik klare Orientierung gibt, wenn sie nicht nach dem kurzfristig populistischen Beifall schießt, wenn sie an die positiven Kräfte und den Gemeinsinn in unserer Gesellschaft appelliert und wenn sie verbindet, statt zu spalten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Dann kann Bayern Integration. Wenn Haushalts- und Finanzpolitik die Aufgabe hat, diese grundsätzlichen Definitionen von Politik umzusetzen und mit den richtigen Ressourcen zu versehen, dann können wir heute auch zum Auftakt der Haushaltsberatungen zum Nachtragshaushalt die Chance nutzen. Dann kann dieser Nachtragshaushalt die Botschaft setzen: Bayern will und Bayern kann Integration. Das ist, glaube ich, auch die Herausforderung für die Haushaltsberatungen in den nächsten Wochen.

Dieser Entwurf enthält aus unserer Sicht wichtige Schritte für die notwendigen Ressourcen zur Bewältigung der Herausforderung durch die Flüchtlinge, insbesondere bei deren Unterbringung, bei den Verfahren, der behördlichen Infrastruktur, den Verwaltungen, der Polizei und den Gerichten. Er enthält auch – das darf ich an dieser Stelle so sagen – richtige Schritte in die richtige Richtung, um die große Herausforderung der Integration der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive erfolgreich zu gestalten. Zusammenhalt fördern, Integration stärken – dieser Devise kann man nur zustimmen. Aber am heutigen Tag muss auch deutlich gemacht werden: Sie ist eine Kehrtwende gegenüber der bisherigen Politik, der bisherigen Tonlage und der bisherigen Haltung der CSU. Wir sind froh über diese Kehrtwende, aber es ist eine Kehrtwende.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Haushalt kann somit einen Paradigmenwechsel in der Politik von CSU und Staatsregierung markieren. Sie sind endlich – ich bringe es so auf den Punkt: - bei der Realität eines Einwanderungslandes angekommen. Endlich bekennen Sie sich zur Integration als der zentralen gesellschaftlichen und politischen Herausforderung; endlich

geben Sie zu, dass wir bei Bildung, Wohnung, Integration und auf dem Arbeitsmarkt mehr tun müssen. Und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Der Entwurf enthält auch eine wichtige Botschaft; das ist schon deutlich geworden. Es geht um zusätzliche Leistungen und zusätzliche Mittel für zusätzliche Herausforderungen, nicht um Kürzungen und Einschränkungen zulasten der Bevölkerung. Am allerwenigsten können wir einen finanzpolitischen Verteilungskampf brauchen nach dem Motto: Leistungen für Flüchtlinge auf Kosten der einheimischen Bevölkerung. Das bringt uns nichts; das wäre das Gegenteil von Integration. Dieser Devise fühlen wir uns auch bei den Haushaltsberatungen verpflichtet. Leider passen Ihre sonstige Rhetorik und Ihre zum Teil schrillen Äußerungen nicht so ganz zum Haushaltsentwurf, den Sie hier für 2016 vorlegen.

(Beifall des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Gleichwohl greift der Haushaltsentwurf viele, viele Forderungen der SPD-Fraktion und anderer Fraktionen dieses Hauses aus den vergangenen 24 Monaten auf, zumindest im Grundsatz. Pointiert gesagt: Dieser Nachtragshaushalt ist ein Stück weit ein Haushalt für das Einwanderungsland Bayern. Die Neuorientierung der Staatsregierung und der CSU kommt in diesem Punkt spät, vielleicht sehr spät, aber - ich hoffe – nicht zu spät. Ich sage auch: Wenn die CSU-Staatsregierung und die CSU-Fraktion bereits vor einem oder eineinhalb Jahren den Anträgen der SPD gefolgt wären, wäre der Freistaat Bayern jetzt für die Herausforderungen dieser Flüchtlingskrise und der Integration viel besser gewappnet. Insofern ist der jetzige Nachtragshaushalt in vielen Punkten ein Einschwenken auf die Linie der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU – Peter Winter (CSU): Volkmar, übernimm dich nicht! – Martin Bachhuber (CSU): Jetzt überreizt er aber schon ein bisschen! – Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Das sollten sie schon mal zugeben!)

Wir begrüßen dies ausdrücklich. Wir haben leider viel, viel Zeit verloren, und die Kraftanstrengung wird dadurch größer. Aber wir begrüßen, dass Sie sich bewegen und dass Sie viele Forderungen von uns jetzt aufgreifen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es, bravo!)

Ich will nicht allzu viel Zeit damit verbringen, in die Vergangenheit zu schauen. Aber eines ist mir schon wichtig: Die Entwicklung der Flüchtlingszahlen im Lauf dieses Sommers war so nicht prognostizierbar. Wir würden natürlich wesentlich besser dastehen, wenn wir rechtzeitig gehandelt hätten. Ich will jetzt durchaus einmal die Verantwortung der CSU-Minister in der Bundesregierung ansprechen: Die Personalausstattung und die Organisation im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge war doch schon zu Zeiten von Hans-Peter Friedrich zu niedrig; das Amt war unterausgestattet. Was haben Sie denn damals dagegen getan? – Nichts. Das muss an dieser Stelle auch mal gesagt werden.

(Beifall bei der SPD – Peter Winter (CSU): Das war vorgestern!)

Sie haben keinen konsequenten Ausbau von Erstaufnahmeeinrichtungen vorgenommen; Sie haben zu wenige Asylrichter eingestellt; Sie haben Defizite bei der Asylsozialberatung hingenommen; Sie haben bei der Sprachförderung bisher viel zu wenig, und das zu spät, auf den Weg gebracht. Das muss doch an dieser Stelle gesagt werden. Wenn Sie diese Fehler jetzt korrigieren, begrüßen wir das. Aber man muss schon mal auf die politischen Zusammenhänge und auf die Verantwortlichkeiten der Vergangenheit hinweisen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben viel Zeit für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen verloren, die die Staatsregierung im Sonderprogramm "Zusammenhalt fördern, Integration stärken" zu Recht thematisiert. Als zentrale Herausforderung nehme ich den Wohnungsbau heraus. Da müssen wir feststellen, wo wir heute stehen: Wir stehen heute unter der

CSU-Regierung von Ministerpräsident Horst Seehofer auf einem Tiefststand staatlich geförderter Mietwohnungen in Bayern. 1993 haben wir noch 12.000 Mietwohnungen gefördert. Im Jahr 2011 unter der Regierung von Seehofer haben wir nur 1.192 Mietwohnungen gefördert; das sind nicht einmal 10 % der Wohnungen, die wir noch vor zwanzig Jahren gefördert haben. Dafür ist diese CSU-Regierung unter diesem Ministerpräsidenten verantwortlich. Das muss man an dieser Stelle betonen.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt für die Wohnungsbauförderung. Auch hier sind wir auf dem Tiefststand an Landesmitteln: 1993 hatten wir hierfür noch etwa 350 Millionen Euro Landesmittel im Jahr. 2015 haben wir nur noch 158 Millionen Euro Landesmittel hierfür, also nur noch 45 %. Inflationbereinigt sind wir vielleicht bei 20, 25 % des Betrages, den wir noch in den Neunzigerjahren ausgegeben haben. Das ist doch eine miserable Bilanz; das sind schlechte Ausgangsbedingungen für den Aufholwettbewerb. Wir stünden wesentlich besser da, wenn wir rechtzeitig umgesteuert hätten. Das ist Ihr Versagen.

(Beifall bei der SPD)

Eine letzte Zahl: 1994 wurden noch 113.000 Wohnungen fertiggestellt. Im Jahr 2009, in dem ersten Jahr der Regierung Seehofer, waren es nur noch 31.000 Wohnungen – gerade mal etwas über 25 %. Jetzt ist die Tendenz leicht steigend. Aber in allen Bereichen zeigt sich der Trend: Vor zwanzig Jahren wurde für den Wohnungsbau wesentlich mehr getan; wir sind auf einem Tiefststand angekommen. Das macht es so schwierig, auf die aktuellen Herausforderungen jetzt in kürzester Zeit zu reagieren. Wir stünden besser da, hätten Sie früher auf die Vorschläge der Opposition gehört, hätten Sie früher mehr gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben wenig gemacht, und jetzt ist die Herausforderung umso größer. – Das Gleiche gilt für den Bau von Studentenwohnungen. Ich sage Ihnen an dieser Stelle: Der Verkauf der GBW-Mietwohnungen war für das Thema Wohnungsbau, insbesondere für den Mietwohnungsbau in Bayern das völlig falsche Signal zur falschen Zeit, ein Schlag ins Gesicht der Mieter. Das war Ihre Politik im Bereich Wohnungsbau und Wohnungsbauförderung. Sie haben zu wenig gemacht; wir müssen jetzt den Aufholprozess beginnen.

(Peter Winter (CSU): Ja, mit der Neuen Heimat habt ihr mehr gemacht!)

Bayern würde wirklich besser dastehen, wenn hier rechtzeitig auf unsere Vorschläge gehört worden wäre. Das ist doch klar, das müssen Sie an dieser Stelle doch zugeben.

(Beifall bei der SPD)

Dann schauen wir mal auf die Vorschläge der Staatsregierung. Innenminister Herrmann spricht von einem wichtigen Paket für mehr preisgünstigen Wohnraum, 28.000 Mietwohnungen in den vier Jahren von 2016 bis 2019. Wichtig ist auf jeden Fall die körperliche Gestalt von Innenminister Herrmann.

(Peter Winter (CSU): Ach, dir fehlt aber auch nichts!)

- Davon verstehe ich etwas, zumindest was die Breite betrifft. Mir fehlt es allerdings etwas an Länge. – Aber an dieser Stelle ist entscheidend: Sein Wohnungsbauprogramm ist alles andere als wichtig. Das zeigt ein Vergleich mit den Jahren 1993 mit 1995:

(Thomas Kreuzer (CSU): Ein Vergleich mit dem, was Rot-Grün fördert, wo sie regieren, wäre gescheiter!)

In diesen drei Jahren wurde in Bayern der Bau von über 30.000 Mietwohnungen gefördert; jetzt sollen 28.000 Wohnungen in vier Jahren gefördert werden. Das ist nicht

der wuchtige Aufschlag, den wir brauchen. – An dieser Stelle muss ich Ihnen deutlich ins Stammbuch schreiben: Sie richten endlich ein kommunales Förderprogramm für Wohnraum ein; das ist gut und richtig. Sie stärken das Engagement der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt – das ist überfällig. Aber – und das ist ganz maßgeblich für diesen Staatshaushalt – Sie setzen keinen Cent an zusätzlichen Landesmitteln für Wohnraumdarlehen ein. Es ist ein fatales Signal, wenn am Beginn einer Wohnungsbauinitiative eine landespolitische Nullnummer steht. Das kann doch schlechterdings nicht wahr sein. Das ist ein schlechtes Signal. Deswegen fordern wir Sie auf, an dieser Stelle mehr zu tun. Das werden wir auch in den Haushaltsberatungen deutlich machen. Wir müssen wieder bei den Zahlen ankommen, bei denen wir in den Neunzigerjahren waren – dies umso mehr, als die Herausforderung jetzt wirklich drängt.

50.000 Wohnungen sind das Minimum, das wir in den nächsten vier Jahren erreichen sollten. Wir brauchen eine deutliche Aufstockung um etwa 350 Millionen Euro. Das ist – nicht inflationsbereinigt – ziemlich exakt die Zahl, die wir bereits 1993 in die Hand genommen haben. Da liegen wir doch völlig richtig. Was in den Neunzigerjahren möglich war, muss auch jetzt möglich sein. Wir brauchen eine Offensive im konzeptionellen Wohnungsbau und im studentischen Wohnungsbau. Aber die Wucht des Aufschlags muss wesentlich stärker sein. Das werden wir in den Haushaltsberatungen auch noch intensiv deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf ein zweites wichtiges Thema herausgreifen, nämlich Bildung und Schule. Die Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes könnte aus eigener Anschauung und aufgrund von Berichten von Kolleginnen und Kollegen bestätigen, dass die Lehrerversorgung zu Beginn des Schuljahres 2015/16 mehr als prekär ist. Das müsste in dieser Form nicht sein. Ich erinnere an dieser Stelle an unsere Anträge zum Doppelhaushalt. Wir haben vor einem Jahr 1.500 neue Lehrerstellen gefordert, und das mit guter Begründung. Das wissen Sie auch. Sie haben die Anträge damals aber kaltschnäuzig abgelehnt. Wie gut wäre es, wenn wir heute über die 1.500 neuen

Lehrer verfügen könnten und sie schon in den Klassenzimmern stehen würden, wenn Sie rechtzeitig auf unsere Vorschläge eingegangen wären.

(Beifall bei der SPD)

Ganz abgesehen davon hätten wir nicht Legionen von Junglehrern mit Spitzenexamen und echter Lehrerbegabung auf die Straße geschickt. Wir hätten heute vielmehr – Stand heute – wesentlich weniger Probleme bei der Unterrichtsversorgung aller Schülerinnen und Schüler und bei der dringend notwendigen pädagogischen Betreuung.

Ich darf Ihnen noch etwas sagen. Wir haben damals 500 Stellen im Bereich der Schulsozialarbeit gefordert, was die Mehrheitsfraktion damals – heute muss man sagen: fahrlässigerweise – ebenfalls abgelehnt hat. Wie gut wäre es und wie gut würden wir dastehen, wenn wir sie jetzt in den Schulen hätten, wo wir sie brauchen, und zwar für alle Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei der SPD)

Auch an dieser Stelle gilt: Bayern würde in diesem Bereich tatsächlich besser dastehen, wenn Sie rechtzeitig gehandelt und die Initiativen zeitnah umgesetzt hätten. Wir haben Zeit verloren und müssen uns anstrengen, sie jetzt aufzuholen. Die Vorschläge der Staatsregierung gehen auch in die richtige Richtung. Jetzt sind 1.077 Lehrerstellen und Mittel für weitere Lehrer vorgeschlagen. Das ist ein wichtiger Schritt nach vorne. Nur wissen Sie selbst, dass diese Zahl schon vor einem Jahr – umso mehr heute – zu niedrig war. Deswegen wollen wir in den Haushaltsberatungen dafür sorgen, dass wir nicht wieder innerhalb kürzester Zeit nachbessern müssen; denn vom Beschluss des Landtags bis zur Umsetzung vergeht einige Zeit. Wir wollen nicht theoretisch und auf dem Papier über die Lehrer reden; wir wollen sie lieber heute als morgen in den Klassen haben, und dafür wollen wir auch kämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Integration und zum Arbeitsmarkt. Wir begrüßen natürlich die vorgeschlagenen Maßnahmen. Im Detail werden wir sie im Ausschuss und zusammen mit den Fachpolitikern intensiv diskutieren. Aber es handelt sich wirklich um einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Ich finde auch, dass das Bündnis mit Arbeitgebern und Gewerkschaftsvertretern genau der richtige Weg ist.

Aber zum Thema der Integration muss man Ihnen auch in einer Haushaltsdebatte schon etwas entgegenhalten. Sie haben noch vor kurzer Zeit gesagt, ein Integrationsgesetz sei eine komische Vorstellung, so etwas brauchten wir in Bayern überhaupt nicht. Jetzt kommen Sie daher und sagen: Das ist eine wichtige Initiative und ein wichtiger Punkt, den wir umsetzen müssen. Sie haben ein Integrationsgesetz abgelehnt und wollen es jetzt selbst. Ihre Politik ist doch widersprüchlich. Wir waren schon lange an den richtigen Themen dran und haben richtige Vorschläge unterbreitet. Im Rahmen der Haushaltsberatung kommt nun zum Vorschein, dass unsere Vorschläge so schlecht nicht waren: Sie haben beim Islamunterricht in Deutsch gebremst. Da könnten wir doch schon wesentlich mehr haben, als Sie jetzt anstreben. Sie haben die Sprachkurse im Wesentlichen eingedämmt. Wir haben permanent darauf gedrängt, sie auszuweiten. Jetzt gehen Sie selber in die richtige Richtung.

Ich muss Ihnen eines zur politischen Gesamtverantwortung sagen. Unter Schwarz-Gelb – das ist noch gar nicht so lange her – wurden die arbeitsmarktspezifischen Instrumente nach unten gefahren und gekürzt. Wir sind froh, dass wir jetzt im Bund unter der Verantwortung der sozialdemokratischen Arbeitsministerin bei der Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt viel auf den Weg gebracht haben. Das sind richtige Initiativen. Aber Sie waren die Bremser bei diesen Themen, und nicht die Initiatoren und Protagonisten.

Ich bin auch heilfroh, dass wir dank der SPD den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn gegen Ihre massiven Widerstände und gegen Ihre unsachliche Polemik auch in diesem Haus geschaffen haben. Jetzt ist klar, dass wir den Mindestlohn dringend brauchen, um die Wettbewerbssituation und die Konkurrenzsituation auf dem Arbeits-

markt im Griff zu behalten. Seien Sie froh, dass wir den Mindestlohn durchgesetzt haben. Ich freue mich darüber, dass auch der Finanzminister mittlerweile einräumen musste, dass wir ihn brauchen; denn er hat gesagt, es komme gar nicht infrage, dass wir den Mindestlohn in diesem Zusammenhang antasten.

Uns helfen auch ein Stück weit die rentenpolitischen Maßnahmen und die aktuelle Entwicklung der Löhne und Renten. Das ist auch ganz wichtig für die Akzeptanz der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt.

Ich darf zu drei Säulen kommen, die die wichtigste Arbeit bei der Integration leisten müssen. Zum Ersten geht es um eine leistungsfähige Verwaltung; das ist schon angesprochen worden. Die Stellenmehrungen, die vorgeschlagen wurden, werden wir genau prüfen. Wir werden uns auch den tatsächlichen Bedarf genau anschauen. Ich glaube, an verschiedenen Stellen gibt es auch noch Fragezeichen.

Ich darf Ihnen etwas zu dem Zusammenhang sagen, in dem das jetzt kommt. Es geht um Stellenstopps, kw-Vermerke, Abbauverpflichtungen und jetzt auch um die Notwendigkeit, auf bestimmte Situationen mit Personal zu reagieren. Ihre Politik passt überhaupt nicht zusammen. Die Grundsätze, die Sie früher hochgehalten haben, sind jetzt nichts mehr wert. Ich glaube, dass es richtig ist, jeweils auf den Bedarf zu schauen und nicht Grundsätze hochzuziehen, die man überhaupt nicht einhalten kann. Wir werden genau hinschauen, ob die Zahl der Verwaltungsrichter, die Sie vorsehen, angemessen und bedarfsgerecht ist oder ob wir nach oben gehen müssen. Wir werden hinschauen, was an den Gerichten läuft, und werden deutlich machen, dass in vielen Bereichen Fachleute erst ausgebildet werden müssen, bevor sie ihren Dienst antreten. Auch da macht sich Ihre Verzögerungspolitik bemerkbar. Wir wären wesentlich weiter, wenn Sie die richtigen Schritte, wie wir sie häufig beantragt haben, früher gegangen wären. Das war der Punkt der Verwaltung.

Zum Zweiten geht es um die Kommunen. Die Kommunalpolitik ist jeden Tag gefordert, und die Herausforderungen draußen sind enorm. Die Kommunen leisten einen, wenn

nicht gar den wesentlichen Beitrag, um das gesellschaftliche Problem zu meistern. Die Kommunen können die Aufgabe der Integration auch schultern, wenn sie vom Bund und den Ländern dauerhaft und tatkräftig unterstützt werden. Städte und Gemeinden haben Erfahrung in der Integration. Aber sie funktioniert eben nicht zum Nulltarif.

Wir haben da schon in der Vergangenheit richtig gehandelt. Auf SPD-Initiative im Bund hin sind die Kommunen in den letzten Jahren an vielen Stellen entlastet worden. Ich nenne die Entlastung im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz; das waren immerhin 115 Millionen Euro für Bayern. Wir haben 60 Millionen Euro mehr in der Städtebauförderung und eine gewaltige Entlastung bei der Grundsicherung im Alter, und wir haben ein kommunales Investitionsprogramm in Höhe von 300 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Diese Maßnahmen gehen auf Bundesebene auf unsere Impulse zurück, auch wenn sie natürlich gemeinsam durchgesetzt wurden.

Der kommunale Finanzausgleich ist schon angesprochen worden. Wir begrüßen die einzelnen Verbesserungen, müssen aber doch darauf hinweisen, dass wir im kommunalen Finanzausgleich nach wie vor eine Schere gegenüber dem kommunalen Finanzbedarf haben. Drei Fragen wollen wir da besonders in den Mittelpunkt stellen, Herr Söder, Sie haben selber die Kosten der unbegleiteten Minderjährigen bei den bayerischen Bezirken angesprochen. Da fragen wir uns schon, was da nun gilt – das ist nicht ganz deutlich geworden –, das Wort des bayerischen Ministerpräsidenten gegenüber dem Präsidenten des Bayerischen Bezirkstags oder die Politik des bayerischen Finanzministers. Diese Frage werden wir im Rahmen der Haushaltsberatungen klären. Heute ist das nicht klar geworden; es ist klärungsbedürftig.

Ein weiterer Punkt. Der Freistaat übernimmt im Grund die Kosten für die Unterbringung und Verpflegung der Flüchtlinge. Das ist gut so. Wir müssen aber sehen, dass die Betreuung von Asylbewerbern und die kommunale Daseinsvorsorge die Kommunen in fast allen Bereichen vor zusätzliche Herausforderungen stellen. Wir treten deshalb dezidiert für eine Sonderpauschale für die Kommunen im Bereich des kommunalen Finanzausgleichs für diese Aufgaben ein. Wir müssen endlich für eine

ordnungsgemäße Grundfinanzierung der Kommunen sorgen und die Kommunen wegen der neuen Herausforderungen mit neuen Mitteln versehen. Dafür werden wir in diesen Haushaltsberatungen eintreten.

Die kommunal getragenen Volkshochschulen können aus unserer Sicht bei der Integration durch Sprachvermittlung und Wertvermittlung und bei der Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen ein hervorragender Partner sein, wenn man sie finanziell ordnungsgemäß ausstattet. Das war bisher nicht der Fall. Wir müssen für eine solide Grundfinanzierung und für die angemessene Finanzierung der aktuellen Herausforderungen sorgen.

Wir brauchen auch in schwierigen Zeiten eine starke Politik für starke Kommunen. Wir wollen beim ÖPNV und bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude genauer hinschauen. Ferner ist es unser Anliegen, einen Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder aufzulegen. Die Investitionspauschalen für Gemeinden und für Landkreise werden wir uns noch einmal anschauen. Das große Thema der kommunalen Krankenhäuser werden wir noch einmal auf die Tagesordnung des Haushaltsausschusses setzen, weil wir insoweit durchaus Nachholbedarf in Bayern haben.

(Beifall bei der SPD)

Die ehrenamtlich Tätigen brauchen Begleitung und Unterstützung, damit die Hilfe, die sie leisten, noch zielgenauer ankommt. Dafür müssen wir noch mehr tun. Wir werden entsprechende Anträge einreichen. Es bedarf weiterer Initiativen zur Helferfreistellung und mehr Unterstützung bei der Koordination.

Wir werden weiterhin Politik für alle Bewohnerinnen und Bewohner Bayerns machen. Wir müssen tagtäglich zeigen, dass eine solidarische Flüchtlingspolitik nicht bedeutet, dass andere Menschen unter Einschränkungen zu leiden haben. Es wäre fatal, wenn Flüchtlinge und heimische Bevölkerung gegeneinander ausgespielt würden. Wir erreichen Akzeptanz nur dann, wenn die ganz realen Bedürfnisse und Probleme der Menschen in unserem Land nicht vernachlässigt, sondern ernst genommen werden. Des-

halb werden wir neben unseren Vorschlägen zugunsten der Integration, der Kommunen und der ehrenamtlich Tätigen Anträge einbringen, die deutlich zeigen, dass wir uns weiterhin um die Belange der ganz normalen Bevölkerung kümmern. Wir müssen und wir werden auch in schwierigen Zeiten ganz normale Politik für die ganz normalen Menschen machen.

(Beifall bei der SPD)

Da geht es um die Infrastruktur, zum Beispiel um die Staatsstraßen, ferner um die großen Themen Barrierefreiheit, Energiewende, regionale Wirtschaftsförderung, Forschung und Wissenschaft. Wir wollen auch noch mehr für die Familien tun. Gestatten Sie mir an dieser Stelle eine kurze Bemerkung zum Betreuungsgeld: Es ist doch ganz klar, dass wir den Familien Chancen nicht nehmen, sondern geben werden, insbesondere dadurch, dass wir in die Infrastruktur der Kinderbetreuung investieren. Dort ist das Geld am besten aufgehoben. Wir haben, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeht, nach wie vor großen Nachholbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich betonen, dass wir all diese Herausforderungen meistern können. Eine wichtige Voraussetzung ist, dass die Politik Zuversicht ausstrahlt und das Vertrauen in die Lösungskompetenz stärkt. Die vorhandenen Ressourcen müssen kraftvoll eingesetzt werden. Die Politik hat ihren Gestaltungsauftrag entschlossen wahrzunehmen. Der Staat muss die Kommunen, das Ehrenamt und die gesellschaftlichen Bündnispartner konsequent unterstützen.

Wir brauchen beides, Zuversicht und Realismus. Nur mit Zuversicht mobilisieren wir die politischen und gesellschaftlichen Gestaltungskräfte, die es uns ermöglichen, die großen Chancen der Integration zu nutzen. Nur mit Realismus können wir humanitäre Politik in der Praxis umsetzen. Darum werden wir in den nächsten Wochen auch bei der Gestaltung des Staatshaushaltes ringen. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Bachhuber.

Martin Bachhuber (CSU): Frau Präsidentin, Herr Finanzminister, Hohes Haus! Lieber Kollege Halbleib, die "Kehrtwende", von der Sie sprachen, können wohl nur Sie feststellen. Nach der Einbringung des Haushalts durch unseren Finanzminister können wir feststellen: Die CSU hält klar Kurs. Die CSU geht den Weg eines soliden, ausgeglichenen Haushalts. Wir tilgen Schulden und sehen keine Steuererhöhungen vor.

(Beifall bei der CSU)

Im Folgenden darf ich mich auf den kommunalen Finanzausgleich beschränken. Auch in dem vorliegenden Haushalt verzeichnen wir wieder Rekorde zugunsten unserer Kommunen. 8,45 Milliarden Euro wird der Freistaat seinen Kommunen zur Verfügung stellen – so viel wie noch nie. Hatten wir 2015 schon einen Rekordwert, so wird dieser noch einmal um 161 Millionen Euro oder 1,9 % erhöht. Betrachten wir den kommunalen Finanzausgleich genauer, dann fällt uns sofort positiv auf, dass die Schlüsselzuweisungen um 63 Millionen Euro auf 3,2 Milliarden Euro und damit weiter kräftig ansteigen. Erwähnen möchte ich ferner das Plus von 30 Millionen Euro bei der Investitionspauschale sowie die Erhöhungen der Bedarfszuweisungen und der Stabilisierungshilfen. Der ÖPNV-Zuschuss erhöht sich um 10 Millionen Euro. Mich freut auch, dass die Krankenhausförderung 2016 auf dem hohen Niveau von 500 Millionen Euro fortgeführt wird. Die reinen Landesleistungen steigen 2016 gegenüber 2015 um 148 Millionen Euro auf fast 8 Milliarden Euro.

Der kommunale Finanzausgleich ist bereits in den letzten Jahren zugunsten strukturschwacher und vom Bevölkerungsrückgang betroffener Kommunen, insbesondere kleiner Gemeinden, geschärft worden, um eine nachhaltige Stärkung des ländlichen Raums zu erzielen und gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern herzustellen. Bei den Schlüsselzuweisungen haben wir dies durch die Verlängerung des Demo-

grafiefaktors von fünf auf zehn Jahre sowie die Anhebung der untersten Hauptansatzstufe bei den Gemeindeschlüsselzuweisungen von 108 % auf 112 % bei gleichzeitigem Wegfall des Großstadtzuschlags erreicht.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll eine weitere Reform der Gemeindeschlüsselzuweisungen eingeleitet werden. Die Reform basiert auf folgenden drei Eckpunkten:

Erstens geht es um eine gerechtere Erfassung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer durch die Anhebung der Nivellierungshebesätze auf einheitlich 310 % und die erstmalige Berücksichtigung von 10 % der Steuereinnahmen, die die Nivellierungshebesätze übersteigen.

Zweitens. Die Einwohnergewichtung, die erst 2013 zugunsten kleinerer Gemeinden angepasst wurde, wird unverändert beibehalten.

Drittens. Für eine gerechtere Abbildung der Ausgabenseite werden Ergänzungsansätze wie folgt fortgeschrieben: Zur Linderung der finanziellen Belastungen durch Kindertageseinrichtungen wird für alle Gemeinden ein neuer Ansatz eingeführt. Der bisherige, auf den tatsächlichen Ausgaben beruhende Ansatz zur Ermittlung der Belastung durch Ausgaben für Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitssuchende bei kreisfreien Städten und Landkreisen wird durch einen modernen, indikatorbasierten Ansatz für Sozialausgaben abgelöst.

Hohes Haus, mit dieser Reform wird die Systemgerechtigkeit erhöht. Strukturschwache Gemeinden werden erneut gestärkt. Damit nicht genug. Die Investitionspauschale lag im Jahr 2011 bei 173 Millionen Euro; im Jahr 2016 werden es 406 Millionen Euro sein. Das entspricht einer Steigerung um fast 135 %.

Ähnlich verhält es sich mit den Bedarfszuweisungen. Im Rahmen der entsprechenden Regelungen wurde im Jahr 2012 die Stabilisierungshilfe als Hilfe zur Selbsthilfe eingeführt. Im Jahr 2013 hatte sich der entsprechende Ansatz auf 100 Millionen Euro vervierfacht. Im Jahr 2015 gab es eine weitere Erhöhung; nunmehr sind es 120 Millionen

Euro. Wie der Herr Finanzminister schon ausgeführt hat, wird der Ansatz im Jahr 2016 um weitere 30 Millionen Euro auf dann 150 Millionen Euro aufgestockt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Realität ist, dass die Bürgermeister, die Stadträte und die Gemeinderäte nicht zuletzt deshalb eine in aller Regel recht erfolgreiche Arbeit in ihren Kommunen abliefern können, weil die Bayerische Staatsregierung immer schon für eine finanzielle Ausstattung der Kommunen steht, von der Kommunen in anderen Bundesländern wirklich nur träumen können.

Eines muss in diesem Zusammenhang betont werden: Das alles ist nur möglich, weil die Staatsregierung immer schon für eine überdurchschnittlich erfolgreiche Politik steht und stets eine in die Zukunft gerichtete Finanz- und Wirtschaftspolitik betreibt. Diese unsere Politik macht es überhaupt möglich, dass bei uns in Bayern keine Kommune am Tropf hängt. Erlauben Sie mir noch den Hinweis, dass sich die Situation der bayerischen Kommunen in den vergangenen zehn Jahren in allen wichtigen Bereichen weit besser als die des Freistaates entwickelt hat.

(Zuruf von der SPD: Na, na, na!)

So haben die Kommunen mit einem Plus von 58,4 % einen stärkeren Anstieg der Steuereinnahmen verzeichnet. Beim Freistaat war es vor dem Länderfinanzausgleich ein Plus von 52,4 %. Unter Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs kommt man nur auf einen Anstieg um 46 %. Der Unterschied zu den Kommunen beträgt 12,4 Prozentpunkte.

Nach der Mai-Steuerschätzung 2015 wurden sowohl für 2015 als auch für 2016 bundesweit stärkere Zuwächse bei den Kommunen als bei den Ländern prognostiziert: im Jahr 2015 bei den Kommunen 4,2 %, bei den Ländern 3,3 %, im Jahr 2016 bei den Kommunen 3,8 %, bei den Ländern 3,6 %. Die Investitionsquote der Kommunen lag im Jahr 2014 bei 22,4 %, also wieder deutlich über der Investitionsquote unseres Freistaates von 10,6 %.

(Volkmar Halbleib (SPD): Äpfel mit Birnen vergleichen, das kann man gerne machen!)

– Es geht noch weiter. Geduld, Herr Halbleib! – Die langfristige Entwicklung zeigt, dass immer größere Anteile des Staatshaushalts des Freistaates auf die Leistungen für die Kommunen entfallen. In den vergangenen zehn Jahren stieg der Staatshaushalt um 45,8 %, aber die Leistungen des Staates an seine Kommunen um 70,6 %. Auch die Zahlen hinsichtlich der Verschuldung sind bemerkenswert. Zum 31. Dezember 2013 konnten die bayerischen Kommunen ihre Verschuldung gegenüber dem Stand vom 31. Dezember 2012 um 3,9 % senken. In der Zehnjahresbetrachtung konnten die Kommunen ihren Schuldenstand um sage und schreibe 14,4 % verringern. Das alles mündet letzten Endes darin, dass den Kommunen zur Erfüllung freiwilliger Aufgaben im Jahr 2013 ein Gesamtbetrag von 6,2 Milliarden Euro verblieben ist. Diese Zahlen belegen eindeutig: Unsere Kommunen gehen mit den Leistungen des Freistaates einer guten Zukunft entgegen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unstrittig ist auch – das hat der Herr Finanzminister ausgeführt –: Der Freistaat ist und bleibt der faire und verlässliche Partner für alle kommunalen Gebietskörperschaften, ob Bezirke, Landkreise, Städte oder Gemeinden, und dies trotz der enormen Herausforderungen, die der Freistaat aufgrund der Asylausgaben im Staatshaushalt zu schultern hat.

Ein Ländervergleich der Erstattung der Kosten für die Unterbringung und Verpflegung der Asylbewerber zeigt: Wir erstatten unseren Kommunen die Kosten der Unterbringung und Verpflegung und speisen sie nicht nur mit Pauschalbeträgen ab. Auch hieran zeigt sich wieder die Kommunalfreundlichkeit des Freistaates. Viele Kommunen in anderen Ländern schauen neidvoll nach Bayern. Sie würden sich wünschen, dass ihre Länderregierungen mit ihnen nur annähernd so umgingen, wie der Freistaat mit den Kommunen in Bayern.

Vor diesem Hintergrund kann man nur sagen, dass der Freistaat Bayern die Kommunen mit diesem Rekord-Kommunalfinanzausgleich, mit allen Anstrengungen und mit all seinen Kräften unterstützt und sie vor allem in dieser schwierigen Phase mit ihren enormen Herausforderungen nicht im Regen stehen lässt. Ich sage es ganz bewusst: Besser geht es nicht. Das wird uns auch bestätigt. Rekordfinanzausgleich trotz Asylkosten! Die Staatsregierung sorgt dafür, dass auch unsere Kommunen die immensen Herausforderungen durch die Flüchtlingswelle dauerhaft bewältigen können.

Ich kann deshalb nur appellieren: Stimmen Sie diesem Gesetzentwurf zu, geben Sie sich einen Ruck! Wer diesen Gesetzentwurf ablehnt, den kann ich nicht mehr verstehen und der wird sicherlich auch nicht als kommunalfreundlich bezeichnet werden können. Dieser kommunale Finanzausgleich 2016 hat es verdient, die Zustimmung des gesamten Hauses zu bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Muthmann.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute den Nachtragshaushalt mit einem Gesamtvolumen für das Jahr 2016, was die Bewältigung der Asyl- und Flüchtlingsproblematik angeht, mit etwa 3,2 Milliarden Euro vorgestellt bekommen. Bei der Bekämpfung der Flüchtlingsursachen – auch dies ist womöglich ein Bestandteil dieser Aufgabe –, finden wir im Bereich der Staatskanzlei den Betrag von 2 Millionen Euro. Das finde ich eher "putzig", und das muss auch noch kommentiert werden.

Ich will zu ein paar Punkten, so zur Dimension der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, einige Vorbemerkungen machen, weil das jetzt in dieser Debatte, aber auch schon in der Debatte heute Vormittag nur unzureichend beleuchtet worden ist. Einen kleinen Exkurs zum Selbstverständnis des Landtags darf ich im Rahmen dieser Beratungen auch machen, um anschließend zur Bewertung dieses Nachtragshaushalts zu kom-

men und eigene Schwerpunkte vorzulegen. Abschließend will ich auch noch ein paar Anmerkungen zur Leistungsfähigkeit dieses Haushalts machen.

2 Millionen Euro für die Bekämpfung der Flüchtlingsursachen sind wahrlich nicht viel. Das ist eher ein Placebo. Da stellt sich die Frage: Will man sich überhaupt mit der Wurzel dieser Frage auseinandersetzen? – Dies ist freilich nicht allein ein bayerisches Thema und schon gar nicht allein bayerische Verantwortung, aber nachdem wir insgesamt von dieser Vielzahl an Flüchtlingen betroffen sind, berührt und erreicht werden, muss man auch hierauf einen Blick werfen. Deswegen will ich über die aktuellen Herausforderungen hinaus ein paar einleitende Bemerkungen zur Gesamtsituation machen.

Unruhe in der Bevölkerung ist allenthalben zu spüren. Auch und gerade deswegen ist es so wichtig, dass die Politik jetzt ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellt, um Unruhe, Unsicherheit oder gar Panik in der Bevölkerung zu vermeiden. Es ist aber vor allem auch deswegen so wichtig, weil die vielen Akteure vor Ort, die im Ehrenamt tätig sind und auch jene, die professionelle Hilfe leisten, das Gefühl brauchen, dass sie Bestandteil eines insgesamt funktionierenden Systems sind.

Deswegen will ich an alle politischen Gruppierungen und auch an jene appellieren, die sich an den Diskussionen beteiligen, sich bei der Bewältigung dieser Aufgaben nicht wegen vermeintlich kurzfristiger politischer Erfolge aufs Taktieren oder auf Schuldzuweisungen zu verlegen, sondern die notwendigen Lösungen gemeinschaftlich zu suchen.

Zur Dimension. Die Wanderungsbewegungen, so darf man annehmen, werden sich fortsetzen. Wenn man nicht nur die Destabilisierung in Nordafrika betrachtet, sondern sich darüber hinaus vor Augen hält, wie viele potenzielle Klimaflüchtlinge wir auf dieser Welt haben, dann ist die Dimension des Problems noch deutlich größer als das, was wir hier aktuell zu bewältigen haben. Da hilft es sicherlich gar nicht, wenn unser Finanzminister an anderer Stelle von Zäunen um Bayern oder um die Bundesrepublik

schwadroniert. Diese globalen Herausforderungen können wir nicht bewältigen, indem wir auf Abwehr setzen. Das wird spätestens mittelfristig erfolglos sein. Wir müssen unserer Gesellschaft in der gesamten Debatte, in dieser Diskussion auch klarmachen, dass es um ein globales Teilen, um Mitverantwortung und Solidarität geht. Im eigenen Interesse und auch zum Schutz unserer eigenen Bevölkerung können wir nicht nur defensiv auf Abwehr setzen, sondern müssen immer auch die Frage der globalen Verantwortung der westlichen Hemisphäre, gerade der reichen Nationen, im Auge haben und auch diesbezüglich handeln. Sonst werden wir das Problem weder kurz- noch mittelfristig und schon gar nicht langfristig bewältigen können. Alle potenziellen Klimaflüchtlinge können wir wahrlich nicht hier versorgen und unterbringen. Wir müssen schon dafür sorgen, dass die Probleme dort, wo sie entstehen, gelöst werden.

Zu diesem Zwecke müssen wir teilen und das abgeben, was wir im Vergleich zu denen zu viel haben. Dazu hätte ich mir heute Vormittag auch ein paar Worte des Ministerpräsidenten gewünscht. Diese globale Mitverantwortung ist jedoch völlig ausgeblendet geblieben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Selbstverständnis des Landtages möchte ich nur zwei Anmerkungen machen. Hinter den Kulissen ist darüber ausreichend diskutiert worden. Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass das Budgetrecht des Landtags neben der Gesetzgebung unsere vornehmste Aufgabe darstellt. Wenn der Finanzminister dann gestern auf der Fachmesse "Kommunale" mit Blick auf die vorausgegangene CSU-Fraktionssitzung ankündigt, am heutigen Nachmittag werde der Nachtragshaushalt beschlossen, dann ist – adressiert an die Kollegen der CSU – die Frage zu stellen, ob sie sich gefallen lassen wollen, hier nur noch sozusagen als Formalie behandelt zu werden. Ich würde mir schon wünschen, dass wir fraktionsübergreifend den Anspruch erheben, die Gesetze hier nicht nur zu beschließen, sondern auch in Ruhe im Vorfeld beraten zu können. Daher möchte ich die Forderung formulieren, dass alles so rechtzeitig vorgelegt

wird, damit man noch Gelegenheit hat, umfassend auf die Zahlen zu schauen, um sie seriös bewerten zu können. Daran hat es leider gefehlt.

Wir werden im Haushaltsausschuss und in den weiteren Sitzungen das Unsere dazu beitragen, die Dinge glatt über die Bühne zu bringen. Bei etwas größerer Wertschätzung des Landtags wäre sicher auch ein bisschen mehr Beratungszeit möglich gewesen. Die Forderung, auch bei uns das Notwendige zu berücksichtigen, richtet sich zum einen an die Staatsregierung. Zum anderen richtet sich die Aufforderung an das Haus und an das Präsidium, den Fraktionen die notwendige Beratungszeit einzuräumen. Leider hat es daran gefehlt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich will den Doppelhaushalt in ein paar kurzen Sätzen bewerten. Die Begrenzung der Flüchtlingszahlen ist die eine große politische Aufgabe, die wir aber nicht im Rahmen des Doppelhaushalts oder des Nachtragshaushalts bewältigen können. Die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber sowie deren vernünftige Integration ist eine große und wichtige Aufgabe. Auch da müssen wir uns grundsätzlich über ein paar Gesichtspunkte im Klaren sein.

Erstens. Erfolgreiche Integrationsarbeit entscheidet sich nicht in der Staatskanzlei und schon gar nicht im Finanzministerium. Die Integration gelingt oder misslingt vielmehr vor Ort in den Kommunen. Klar muss auch sein, dass die Kosten misslungener, verspäteter oder verfehlter Integration erheblich höher sind als die Kosten einer wirksamen und gelingenden Integration.

Uns darf auch nicht passieren – das hat der Finanzminister vorhin auch angesprochen –, dass eine Konkurrenz- oder eine Konfliktsituation inländischer armer Menschen gegenüber ausländischen Flüchtlingen entsteht. Wir müssen beiden Gruppierungen ausreichend gerecht werden. Darauf werden wir aus der Opposition sicherlich achten.

Die jetzt anstehenden Integrationsverstärkungen sind richtig, und sie werden unterstützt. Der Kollege Halbleib hat in seinen Anmerkungen bereits darauf hingewiesen, dass wir eine ganze Reihe der jetzt auch von der Staatsregierung vorgeschlagenen Maßnahmen schon eine ganze Zeit lang einfordern und für richtig halten. Dazu gehört beispielsweise auch die Forderung des Kollegen Felbinger, unseres bildungspolitischen Sprechers, dass die Einstellung von 1.000 zusätzlichen Lehrern möglich und auch notwendig sei, wofür er noch Anfang August eher schulterzuckend belächelt worden ist. Wir sind dankbar dafür, dass sich jetzt auch in der CSU die Kenntnis mehrt, dass diese über 1.000 Stellen zusätzlich geschaffen werden müssen. Es ist hoch an der Zeit, und ich hoffe, es ist noch nicht zu spät.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

All diese Integrationsanstrengungen sind notwendig und werden von uns unterstützt. Auch das, was jetzt im Rahmen des Nachtragshaushalts vorgeschlagen ist, werden wir mittragen. Über Details wird im Haushaltsausschuss zu reden sein; da oder dort wird noch an den Stellschrauben gedreht werden müssen.

Auch die Wirtschaft wird ihren Beitrag dazu leisten müssen; das werden wir jedenfalls mit einfordern. Ein Großteil der jungen Menschen, die zu uns gekommen sind – so jedenfalls ist mein persönlicher Eindruck, auch aus persönlichen Begegnungen –, ist durchaus bildungsfähig und bildungsbereit. Oft sind sie zwar noch nicht so gebildet, wie wir uns das womöglich wünschen. Deswegen ist die Bildungsarbeit, die auf die beruflichen Tätigkeiten vorbereitet, so wichtig. Das Ganze muss umfassend angepackt werden; es muss gelingen.

Wir wollen eine teilhabeorientierte Integration. Dazu ist das Notwendige zu tun. Dabei müssen wir wirtschaftlich und sparsam vorgehen. Der Finanzminister hat vorhin von Haushaltsdisziplin gesprochen. Ich möchte Ihnen ein paar Beispiele nennen, wo Haushaltsdisziplin sehr viel besser möglich wäre, als sie derzeit praktiziert wird.

Da sind zunächst die Personalstellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, wobei das jetzt nicht unmittelbar unserer bayerischen Verantwortung unterliegt. Das ist ein altes Thema. Hier könnte man viel Geld sparen. Jeder Mitarbeiter, jeder Prüfer, jeder Sachbearbeiter ist für den Gesamthaushalt saldiert und ist kein Kostenfaktor, sondern eine Einsparungsmaßnahme. So können nämlich die Verfahren abgekürzt werden. Den Menschen wird dann entweder gesagt, dass sie bleiben können – dann können sie mit der Integration fortfahren und sich auf ihr Bleiberecht einstellen –, oder aber ihnen wird gesagt, dass sie nicht hierbleiben können, und dann muss konsequent rückgeführt werden. Das sind selbstfinanzierende Personalmehrungen.

Das gilt aber auch für die bayerischen Behörden, insbesondere bei den Gerichten. Unser Fraktionsvorsitzender hat schon seit Längerem immer wieder auf die Lücken in den Reihen der Verwaltungsrichter hingewiesen. Die Forderung nach 50 zusätzlichen Stellen bedeutete jedoch keine Kostenmehrung, sondern das war vielmehr ein Vorschlag, den bayerischen Haushalt insgesamt zu schonen und somit sparsam zu wirtschaften. – Nun ist der Weg gewiesen; der richtige Weg ist eingeschlagen. Wir werden jedoch darauf achten und weiterhin an der Forderung festhalten, die Zahl der Richterstellen so auszugestalten, dass wirklich zügig entschieden werden kann. Das ist nämlich nach wie vor nicht der Fall.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweitens, Haushaltsdisziplin bei den Baukosten. Ich will mich kurz fassen. Auch hier scheint mir aufgrund des Entscheidungsdrucks und der Bedeutung der Aufgabe, Asylbewerber und Flüchtlinge unterzubringen, in verschiedenen Bereichen eine Mentalität entstanden zu sein, die bewirkt, dass das Ganze auf Kosten der Sparsamkeit geht und dass es auf Wirtschaftlichkeit nicht mehr ankommt. Ich erinnere in diesem Zusammenhang noch einmal an die Erstaufnahmeeinrichtung für 550 Asylbewerber und Flüchtlinge in Regensburg mit einem Kostenvolumen von 40,9 Millionen Euro. Das muss wirtschaftlicher gehen, sehr geehrter Herr Staatsminister!

Es liegt auch in Ihrer Verantwortung, darauf zu schauen, dass die Dinge nicht völlig aus dem Ruder laufen, so wie es dort geschehen ist. In diesem Zusammenhang passt es gut, dass dem Staatsbediensteten-Wohnungsbau über fünf Jahre 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden sollen – also fünf Mal 20 Millionen Euro – mit dem Ziel, damit 1.000 Wohnungen zu bauen. Das lässt sich leicht rechnen, das wären nämlich 100.000 Euro pro Wohnung. Wenn es dann so zugeht, wie wir es zuletzt im Zusammenhang mit den Kosten staatlich verantworteten Bauens erlebt haben, werden wir da wohl keine 1.000 Staatsbediensteten-Wohnungen bekommen. Ich lasse mich jedoch gerne eines Besseren belehren.

Ich komme jetzt zu den unbegleiteten Jugendlichen. Herr Staatsminister Söder hat darüber schon gesprochen, aber ich will es noch einmal genau beleuchten. Der Haushaltsansatz für die Betreuung der unbegleiteten Jugendlichen beträgt 632 Millionen Euro. Wir haben derzeit in Bayern etwa 14.000 unbegleitete Jugendliche. Das entspricht einem Satz von 45.000 Euro pro unbegleiteten Jugendlichen für die Unterbringung und Betreuung.

Wenn man annimmt – darüber wird derzeit mit den Bezirken verhandelt –, dass der Freistaat nicht alle übernimmt und nur etwa 11.000 unbegleitete Jugendliche unterbringen oder die Finanzierung dafür übernehmen will, würde das pro Kopf einen Anteil von 57.000 Euro bedeuten. Hier sind Anstrengungen notwendig, um diese Kosten im Interesse der Kommunen, aber natürlich auch des Freistaates selbst zu reduzieren. Es wird nicht bezweifelt, dass wir alle Jugendlichen angemessen unterbringen. Mir ist auch bewusst, dass ein Teil der Jugendlichen eine intensive Betreuung benötigt. Dieses System, das wir aber haben, ist im Schnitt eine völlige unnötige Überversorgung, ist mehr, als diese unbegleiteten Jugendlichen wirklich an Hilfe benötigen.

Der Präsident des Bezirkstags von Niederbayern sagte mir, bei der jetzigen Regelung müsste die Bezirksumlage in Niederbayern für das kommende Jahr um 3 % steigen, wenn die Bezirke weiterhin, wie zuletzt verhandelt, zumindest die Unterbringung derje-

nigen unbegleiteten Jugendlichen, die über 18 Jahre alt sind, oder auch die Fehlbeleger finanzieren müssen. Das wird an die Landkreise - -

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Dann sind es keine Minderjährigen mehr, wenn sie über 18 Jahre sind!)

- Sehr geehrter Herr Finanzminister, ich habe zehn Jahre lang als Jurist am Landratsamt in Straubing Jugendhilferecht bearbeitet und später dann auch als Landrat in Freyung-Grafenau. Ich habe mich damit intensiv befasst und darf Ihnen sagen, dass es auch Jugendhilfemaßnahmen gibt, die über das 18. Lebensjahr hinaus reichen müssen. Das sind die Dinge, die dann auch zu bewältigen sind, man kann nicht sagen, bei jedem, der über 18 Jahre alt ist, sollten die Bezirke selber machen.

Was gilt denn jetzt – das, was der Herr Ministerpräsident versprochen hat, oder was Sie im Nachgang für angemessen halten? – Die 632 Millionen Euro können jedenfalls helfen, die Gesamtmaßnahmen zu finanzieren. Ich fordere auch ein - und darauf werden wir im Haushaltsausschuss achten -, dass der Freistaat Bayern die Gesamtkosten übernimmt, um die Kommunen um das notwendige Maß zu entlasten. 3 % Bezirksumlage sind 3 % Kreisumlage bei den Landkreisen. Das ist in vielen Bereichen nicht zu verkraften und würde elementare Basisleistungen in den Kommunen in Frage stellen.

Meine weitere Anmerkung dazu ist ebenfalls sehr wichtig: Wir brauchen nicht jeden unbegleiteten Jugendlichen im Heim unterzubringen. Das ist völlig überzogen. Ich bin gar nicht sicher, ob wir diesbezüglich überhaupt eine Gesetzesänderung in Berlin benötigen. Ich denke, dass es bei vielen Jugendlichen – Frau Bause hatte ja auch davon gesprochen – nach anfänglichen Schwierigkeiten auch relativ schnell leuchtende Augen gibt, wenn sie sich gut aufgehoben fühlen. Das gilt sicherlich für den familiären Verbund, aber auch für die unbegleiteten Jugendlichen, wenn sie sonst gut aufgehoben sind, und das ist nicht zwangsläufig im Heim. Es wären auch Pflegefamilien vorstellbar oder betreutes Wohnen, und das ist alles erheblich günstiger.

Ich erlaube mir auch die Bemerkung, dass es in diesem Zusammenhang viele Kriegsgewinnler und Sozialkonzerne gibt, die an dieser Aufgabe durchaus viel Geld verdienen. Das gehört unterbunden und korrigiert, damit wir mit den Millionen, die wir einsetzen müssen, auch die Dinge tun können, die wir tun wollen, und nicht irgendjemanden alimentieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist jetzt auch eine zentrale Aufgabe; im Finanzministerium sind jetzt doch noch ein paar Springerstellen vorgesehen. Helfen Sie auch den Kommunen und den Jugendämtern, diejenigen, die wirklich dieser engen Betreuung bedürfen, weil sie traumatisiert sind, von den vielen anderen zu unterscheiden – das ist sicherlich mehr als die Hälfte –, die diese enge Betreuung nicht benötigen und bei denen sie völlig überzogen ist. Damit wäre allen erheblich geholfen. Zusätzlich würde dann auch Geld für andere wichtige Aufgaben zur Verfügung stehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, achten Sie bitte auf die Zeit.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Ich achte auf die Zeit und muss leider vieles von dem, was ich noch sagen wollte, dann im Haushaltsausschuss sagen, lieber Kollege Peter Winter.

(Peter Winter (CSU): Wenn du es jetzt gesagt hättest, wäre es mir lieber gewesen!)

- Ja, die Präsidentin hat mich schon gemahnt; deswegen müssen wir es lassen. – Ich will noch sagen: Schwerpunkt unserer Aufgaben ist für diesen Nachtragshaushalt, das ist unsere Überzeugung: Wir müssen Wohnungen bauen, und zwar sehr viel mehr, als die Staatsregierung vorgesehen hat. Hier steckt Sprengstoff drin. Eine Verdrängungssituation in den Ballungsräumen zugunsten von Asylbewerbern und Flüchtlingen können und wollen wir nicht haben.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Sie kommen bitte aber jetzt wirklich zum Schluss.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Da muss sehr viel mehr Geld zur Verfügung stehen. Zuletzt wollen wir auch im Sinne eines Ausgleichs zwischen dieser Aufgabe und anderen natürlich nicht vergessen, die Infrastruktur, die kommunale Finanzausstattung und die RZWas als einen wichtigen Bestandteil -

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege Muthmann, bitte!

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): - mit den notwendigen Geldern auszustatten. – Alles, was ich jetzt nicht mehr sagen kann, Frau Präsidentin, erfahren Sie dann anschließend über Peter Winter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Muthmann. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Stamm. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Über was sprechen wir heute? - Ja, richtig, über einen Nachtragshaushalt, der offenbar auf richtig großes Interesse im Bayerischen Kabinett stößt. Ich finde es sehr spannend, wie die Bänke gefüllt sind. Wir sprechen auch nicht über einen normalen Nachtragshaushalt, sondern über einen, der ständig und immer wieder nachgebessert wurde und zu dem wir bis heute keine endgültigen Zahlen und verlässlichen Daten haben.

Aber was passiert seit Monaten, und was passiert auch heute wieder? - Die Gelder für bedürftige Menschen sind gegeneinander ausgespielt worden. Fakt ist aber, Sie können nicht solide haushalten. Wir sehen, wie Sie Geld ausgeben können – man hat es rund um den G-7-Gipfel gesehen, der hat es sogar bis in das Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler geschafft –, ohne darauf zu achten, ob ein Projekt überhaupt das Kriterium erfüllt, nachhaltig zu sein, wie Sie Geld ausgeben können, sodass wir jetzt

eine Steigerung des Staatshaushalts in der "Ära Seehofer" – in Anführungszeichen – um sage und schreibe 35 % haben.

Horst Seehofer ist auch nicht etwa schon seit Jahrzehnten an der Regierung, gleichwohl es einem bei den vielen Meinungen, die er als Ministerpräsidenten äußert, vielleicht manchmal so vorkommt, als wäre er seit Jahrzehnten an der Regierung. Er ist seit sieben Jahren Ministerpräsident. Das bedeutet eine Steigerung von 35 % in sieben Jahren. Das kann sich Bayern nur leisten, weil hier die Wirtschaft brummt. Wenn Sie sich jetzt rühmen, all die Dinge aus dem Sparbuch bezahlen zu können, dann doch eben nur, weil die Wirtschaft brummt. Ich finde, hier sollten Sie einen kleinen Moment innehalten. Wenn wir von einer globalen Wirtschaft profitieren und unsere Wirtschaft brummt, da wir Hauptexportland sind, sollten Sie auch, wenn es um globale Aufgaben geht, an das Stichwort Flüchtlinge denken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern steht also gut da. Die Wirtschaft brummt, und die Steuermehreinnahmen sprudeln Jahr um Jahr, weil sich die CSU zum Glück wie bei vielen anderen Projekten in Berlin nicht durchgesetzt hat. Es gab zum Glück keine nicht gegenfinanzierte Steuer senkung, und deswegen hat Bayern weiterhin die Erbschaftsteuer als Einnahmequelle. Dieser Entwurf des Nachtragshaushalts zeigt, wie wichtig es ist, dass wir die Erbschaftsteuer für den Staatshaushalt immer noch haben. Die Einnahmen durch die Erbschaftsteuer sollen nach Ihrem Entwurf gegenüber dem Stammhaushalt, also dem Doppelhaushalt 2015/16, noch einmal um 200 Millionen Euro steigen. Das heißt, in dem Doppelhaushalt 2015/16 haben wir insgesamt Einnahmen aus der Erbschaftsteuer, die um 30 % gestiegen sind. Wenn sich die CSU innerhalb der Großen Koalition durchgesetzt hätte, wären diese Einnahmen weg, und nach einem Jahr "Markus und Horst im Glück" hätte Ihr neuer Haushaltsentwurf wieder einen negativen Finanzierungssaldo.

Dieser beträgt knappe 300 Millionen Euro. Mit der Nachschubliste rechnen wir mit 800 Millionen Euro. Wir wissen es noch nicht genau, weil die Zahlen noch nicht vorliegen. Gedeckt werden kann dieser Saldo mit Entnahmen aus der Rücklage. Das ist richtig. Das ist jedoch nur möglich, weil die Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren unerwartet hoch waren. Das haben Sie nicht geplant, und das war auch keine Strategie der CSU-Staatsregierung. Das war keine vorausschauende Haushaltspolitik, sondern einfach Glück – das Glück der guten wirtschaftlichen Lage.

(Widerspruch bei der CSU)

Mit diesem negativen Finanzierungssaldo Ihres Haushaltentwurfs, dem Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben, ist für nicht gegenfinanzierte Steuersenkungen jeder Art sowohl für den Länderhaushalt als auch für den Bundeshaushalt keine Luft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr verehrter Herr Minister Söder, das ist hoffentlich auch bei Ihnen angekommen. Die Zeiten, in denen die CSU den Menschen das Blaue vom Himmel verspricht, sind hoffentlich erst einmal vorbei. Im vergangenen Jahr haben Sie sich für den positiven Saldo im Haushalt, mehr Einnahmen als Ausgaben, bei jeder Gelegenheit selbst gelobt. Das kennen wir hier im Plenum zur Genüge. Jetzt, nach nur einem Jahr, ist diese positive Entwicklung schon wieder vorbei. Das und eine Steigerung von 35 % innerhalb von sieben Jahren sprechen nicht für eine vorsorgende oder solide Haushaltspolitik.

(Peter Winter (CSU): Haben Sie auch die Zahlen von Herrn Kretschmann?)

Der Ministerpräsident selbst bereitet die Öffentlichkeit schon einmal darauf vor, dass die Schuldenbremse nicht einzuhalten ist. Bevor die Schuldenbremse überhaupt in Kraft getreten ist, reden Sie schon von zusätzlichen neuen Ausgaben. Wenn wir uns erinnern, wie wichtig es Ihnen war, dass die Schuldenbremse in die Bayerische Verfassung kommt, entdeckt man schnell eine gewisse Scheinheiligkeit bei diesem

Thema. Um das zu überdecken, verbreiten Sie seit Monaten Panik wegen der hohen Ausgaben für die Flüchtlinge. Letztendlich trägt all diese Panikmache kein bisschen zu irgendeiner Problemlösung bei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abgesehen davon fällt mir nur eine einzige Notmaßnahme in diesem bayerischen Staatshaushalt in den letzten acht Jahren ein, nämlich die Rettung der Landesbank als Ausgeburt der Überheblichkeit und mangelnden Bodenhaftung der Christlich-Sozialen. Das Geld, das Sie jetzt einsetzen, wird nicht zur Rettung einer Bank, sondern zur Rettung von Menschen verwendet. Es handelt sich, wie heute bereits gesagt wurde, um ein Konjunkturpaket, das wiederum bayerischen Menschen hilft und dafür sorgt, dass endlich so etwas wie Wohnungsbau vorangetrieben wird – nichts anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben tatsächlich alles, aber auch alles dafür getan, damit die Zahl der Flüchtlinge auf kommunaler Ebene zu einer massiven bis sehr extremen Strapaze geführt hat. Sie haben lange zu- und abgewartet, und Sie tun das zum Teil immer noch. Seit Jahren fordern wir mehr Erstaufnahmeeinrichtungen. Das hat Herr Kollege Halbleib schon gesagt. Wir fordern mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Wenn Sie das jetzt auch ständig fordern, frage ich mich, wer Innenminister war, als wir dies gefordert haben. – Der Innenminister war ein CSU-Mensch. Der Innenminister hat auch einen Namen, nämlich Herr Friedrich. Wir haben das gefordert. Sie haben gesagt: Ja, vielleicht brauchen wir das. Jetzt stehen Sie hier im Landtag und stellen es als die Maßnahme schlechthin dar. Wir fordern das seit Jahren. Tun Sie endlich was!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbst wenn Sie es selber immer wieder negieren, sind Sie Teil der Großen Koalition. Tun Sie endlich was!

Seit Jahren fordern wir, dass das Eigentum von Bund und Land proaktiv zur Verfügung gestellt wird. Hier ist der Schlüssel, nutzt meine Immobilien – das sollten Sie Ihren Bürgermeistern und Landräten mitgeben. Diese haben gestern wieder im BR gesagt: Ich möchte vom Bund endlich alle Liegenschaften haben. Das war die Aussage von Landrat Bernreiter – wie armselig. Seit über einem Jahr fordern wir, dass Sie das endlich machen. Das Eigentum von Bund und Land soll den Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen geöffnet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man könnte auch sagen, Sie haben alles für eine Eskalation auf kommunaler Ebene getan, um massive Verschärfungen im Asylrecht durchzusetzen und absurden Forderungen den Boden zu bereiten. Ich verstehe die Nöte der Kommunen und der ehrenamtlichen Asylsozialarbeit. Hier übernehmen Ehrenamtliche schon lange die Aufgabe des Staates. Tun sie endlich was! Lassen Sie sie nicht mehr im Regen stehen. Die Ehrenamtlichen verzweifeln an bürokratischen Hürden, die sie ständig daran hindern, Flüchtlinge in Arbeit, in Minijobs und in Ausbildung zu bringen, obwohl Arbeitgeber schon lange Vereinfachungen gefordert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Politik der Großen Koalition hinkt definitiv der Wirtschaft und ihren Forderungen hinterher. Werden Sie endlich tätig, und machen Sie nicht nur im Handumdrehen und im Schnellverfahren ein Gesetz zur Asylverschärfung. Malen Sie nicht schwarz, sondern nehmen Sie sich ein Beispiel an der Zivilgesellschaft und packen Sie mit an. Es ist nur ein unlösbares Problem, wenn Sie das mit Ihren ewig gestrigen Aussagen wiederholen. Es ist eine Aufgabe – keine leichte Aufgabe –, die zu lösen ist, wenn Sie eben nicht zuwarten, bis es nicht mehr anders geht. Stattdessen sollten Sie mit gutem Beispiel vorangehen und die Dinge in die Wege leiten, die benötigt werden. Das ge-

schiebt teilweise mit diesem Nachtragshaushalt, mit dieser Nachschubliste: endlich Unterstützung von Ehrenamtlichen, genügend Asylsozialarbeit, schnelle Weiterreichung der Fördermittel für die Kommunen, genügend Wohnraum und mehr Lehrkräfte – aber ab sofort und nicht erst im September 2016.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bildung von Flüchtlingen, Bildung einer Einwanderungsgesellschaft, die wir sind – hier versagen Sie. Mit der Nachschubliste haben Sie ziemlich viele Stellen geschaffen. Das geben wir zu. Wir brauchen die Stellen jedoch jetzt. Das wäre auch möglich gewesen, wären Sie nicht die ewige Neinsager-Partei gewesen. Wenn Sie unserem Antrag zum Nachtragshaushalt im Frühsommer zugestimmt hätten, hätten wir die Lehrer jetzt. Die Lehrkräfte brauchen wir jetzt an den Schulen und nicht erst im September nächsten Jahres.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen immer, dass Kinder und die Bildung der Kinder unsere einzige Ressource sind. Wie oft wollen Sie das noch gebetsmühlenartig sagen? – Sie tun nicht genug dafür und handeln nicht entschieden.

Verabschieden Sie sich von der Vorstellung, dass übermorgen keine Flüchtlinge oder Einwanderungskinder mehr da sein werden. Die Stellen im Haushalt wollen Sie wieder nur für zwei Jahre schaffen – wie absurd. Die Bildung ist der Schlüssel zur Integration. Das sagen Sie auch immer. Tun Sie etwas dafür, und grenzen Sie die Menschen mit Ihrer Politik nicht aus. Hinterher beschweren Sie sich wieder über Parallelgesellschaften.

Ich komme zum Thema Wohnungsbau. Mit der Nachschubliste wird die Wohnraumförderung um 100 Millionen Euro aufgestockt. Das stimmt. Allerdings kommt die Hälfte der Mittel vom Bund. Das Geld ist "nur" für Asylbewerber und Flüchtlinge vorgesehen. Unabhängig von den Flüchtlingen besteht ein hoher Bedarf insbesondere in den Bal-

lungszentren. Das haben wir heute auch schon gehört. Sie haben hierbei alles verschlafen, was es zu verschlafen gab. Wir brauchen mehr sozialen Wohnungsbau, und wir brauchen mehr Wohnungsbau für Studierende. Leider steht in Ihrem Nachtrag nichts darüber – aber in unseren Anträgen. Das hat nichts mit Flüchtlingen zu tun, sondern mit der Tatsache, dass immer Menschen ihre Heimat und ein neues Zuhause in der Großstadt suchen. Mit der Heimatstrategie des sogenannten Heimatministers lösen Sie dieses Problem ganz offensichtlich nicht. Der Zuzug in die Großstädte Bayerns ist ungebrochen. Egal wie oft sich der Finanzminister mit Förderbescheiden für den Breitbandausbau noch fotografieren lässt, wir brauchen dringend mehr Geld für den Wohnungsbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abgesehen davon sind wir gespannt, wie schnell das zugesagte Geld für den Breitbandausbau tatsächlich bei den Kommunen ankommt. Öffentlichkeitswirksame, fotografierte Förderbescheide reichen alleine nicht.

Aus haushaltspolitischer Sicht muss man bei der sogenannten Heimatstrategie einen Blick auf die Kosten werfen. Was die Verlagerungen kosten, wird erst nach und nach klar. Die Staatsregierung hat auf meine Schriftliche Anfrage geantwortet, dass sie es nicht wisse. Die Staatsregierung sagt, sie könne es nicht wissen, da es sich um einen Prozess handle. Meiner Meinung nach ist es kein solider, wirtschaftlicher oder haushalterischer Weg, einen großen Wurf anzukündigen und dann als Finanzminister keinen Plan – 0,00 – zu haben, wie viel dieser Wurf kosten wird. Mit dem Nachtrag können wir langsam erahnen, wie teuer den Freistaat die vermeintliche Rettung des ländlichen Raums zu stehen kommen wird, vermutlich deswegen, weil Sie eben keine Antwort auf die strukturellen Probleme Bayerns haben. Sie haben keinen Plan, wie viel die Behörden- bzw. die Arbeitsplatzverlagerungen – teilweise sind es zwei oder drei Arbeitsplätze – kosten.

Eine finanzielle Bewertung Ihrer Pläne ist unmöglich, wenn Sie vorher keinen Plan vorlegen, wie viel das kosten soll. Das macht jede Effizienzkontrolle Ihres Planes unmöglich. Aber im vorliegenden Haushaltsentwurf sind neben den Kosten, die zu erwarten waren, wie Umzugskosten, Kosten für Baumaßnahmen, Trennungsgeld und Reisekosten, weitere sehr ungewöhnliche Kosten aufgetaucht, an die bislang selbst wir GRÜNE nicht gedacht hatten. Es gibt nämlich zusätzliche 200 Stellen, obwohl der Herr Ministerpräsident gesagt hat, es gebe in dieser Legislaturperiode keine einzige neue Stelle. Aber diese Stellen sind reine Pufferstellen, 200 Pufferstellen, weil die Beamtinnen und Beamten nicht woanders hingehen wollen und hierbleiben wollen. Das sind Stellen, die Sie nur brauchen, um die Behördenteile zu verlagern. Wie es heißt, geschieht dies in einer ersten Tranche. Vielleicht werden es also auch 400 oder 600 neue Stellen, damit es eine sogenannte Heimatstrategie geben kann. Wozu? - Die Verwaltung wird dadurch keinen Deut besser, bei Zusatzkosten für mindestens 200 Vollzeitstellen. Ein wichtiges Kriterium bei Behördenverlagerungen ist, dass die Verwaltung dabei nicht geschwächt wird. Aber so, wie Sie es machen, gehen Wissen, Erfahrung und Kompetenz verloren. Ich nenne ein Beispiel: Die Verlagerung der Bewertungsstelle des Münchner Finanzamtes nach Höchstädt.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

- Das Kind ist schon in den Brunnen gefallen. Du brauchst nicht so zu tun, als wenn du überrascht wärst. Es ist schon in Beton gegossen. - Aber bitte, dann verlagern Sie halt einfach etwas anderes, zum Beispiel die Einkommensteuerstelle. Sie wollen schon wieder die Bewertung verlagern. Man kann von Höchstädt aus einfach nicht Immobilien in München bewerten. Da liegt langsam der Gedanke nahe, dass ihr hintenrum doch die Erbschaftssteuer unterhöhlen wollt. Das ist eine ganz perfide Strategie, zu sagen, dass die Bewertungsstelle jetzt weit ab vom Schuss ist. Die Kompetenz geht verloren, niemand will mitgehen. Also lassen Sie das bitte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zur Eichverwaltung, weil der Herr Finanzminister gerade bei der Kollegin aus Berchtesgaden sitzt. Wegen der Verlagerung der Eichverwaltung nach Berchtesgaden sollen 20, noch einmal das Wort, zwanzig neue Pkw angeschafft werden. Für 50 zu verlagernde Stellen 20 neue Pkw! Da frage ich mich, wann die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überhaupt eichen sollen, wenn sie die ganze Zeit unterwegs sein werden. Und wie viele zusätzliche Mitarbeiter braucht die Eichverwaltung, um die vielen sinnlosen Reisezeiten auszugleichen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwei kurze Sätze zur Finanzverwaltung: Diese ist in Bayern chronisch unterbesetzt. Wir werden auch in diesem Nachtragshaushalt Anwärterstellen fordern. Bayern, das immer Spitze sein will, immer an der Spitze von allem, ist hier absolutes Schlusslicht bei vielen Vergleichen, zum Beispiel bei der Prüfungsdichte. Wir wollen, dass auch in Bayern Steuergerechtigkeit herrscht, und fordern wieder mehr Stellen. Es gibt noch andere Beispiele, bei denen ich sage, Sie könnten etwas dafür tun, dass Ihre eigenen Versprechen eingehalten werden, zum Beispiel das Thema Bayern-Ei und Lebensmittelsicherheit. Ihre eigene Ministerin hat gesagt, sie bräuchte 40 Stellen, um hier Sicherheit zu gewährleisten. Wir unterstützen sie gerne. Neben den von Ihnen angesetzten 20 Stellen werden wir weitere 20 beantragen. Wir lösen mit unserem ausgeglichenen Haushaltsentwurf Ihre Versprechen ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was erleben wir heute in der Debatte um den Nachtragshaushalt? Einerseits erleben wir einen scheinbaren Paradigmenwechsel bei der CSU. Die Zahlen geben das, ehrlich gesagt, her. Endlich, viel zu spät, aber endlich, werden die nötigen Mittel in vielen Bereichen der Flüchtlingsarbeit bereitgestellt. Bei der Bildung werden wir, wie gesagt, noch genau hinschauen. Aber gleichzeitig gibt es hier im Hohen Haus die übliche Polemik, das übliche Spalten: Rentner gegen Flüchtlinge, Zollverwaltung gegen Asylverwaltung, Studierende gegen Flüchtlinge, Mietpreisbremse gegen mehr Wohnraum für

Flüchtlinge, Haushaltsdisziplin, die Sie angeblich mit einer Steigerung von nur 3 % einhalten wollten, gegen Flüchtlinge.

Sehr geehrter Herr Minister Söder, sehr geehrte CSU-Kolleginnen und -Kollegen, nehmen Sie sich ein Beispiel an Ihren eigenen Zahlen und an den Notwendigkeiten vor Ort sowie am Tun der Zivilgesellschaft, und spalten Sie bitte nicht länger.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. – Nächster Redner ist der Kollege Winter. Bitte schön, Herr Winter.

Peter Winter (CSU): Liebe Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Stamm, auch ich bitte darum, nicht zu spalten, wenn man hier spricht, sondern daran zu denken, wie das die Menschen draußen empfinden. Die Chance, Lösungen aufzuzeigen, haben Sie auch heute leider nicht wahrgenommen. Wir lösen das Problem nicht mit Panikreden,

(Lachen der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

sondern damit, dass wir einen Nachtragshaushalt vorlegen, der Perspektiven und Antworten für die Herausforderungen der heutigen Zeit gibt. Sie reden über die Ausbildungssituation. Lesen Sie dazu die Stellungnahme von Dr. Semper vom Handwerks- tag über die Ausbildung und wie diese sich darstellt. Ich will darauf nicht näher eingehen, weil uns das letztlich nicht weiterhilft.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der Freistaat Bayern steht in Deutschland für solide und wegweisende Haushaltspolitik. Wir haben im Jahr 2006 mit unserem Haushalt ohne neue Schulden finanzpolitische Maßstäbe gesetzt. Trotz der gewaltigen Herausforderungen im Asylbereich werden wir diesen Kurs auch im Nachtragshaushalt 2016 fortsetzen.

(Lachen der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Erst unsere solide finanzielle Ausgangsposition mit den hervorragenden Kennziffern des Doppelhaushalts 2015/16 macht dies überhaupt möglich. Im Jahr 2012 haben wir unsere Haushaltspolitik durch den Einstieg in den Schuldenabbau erweitert. Die Schuldentilgung verringert die Schulden, die wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen, und sichert ihnen die notwendigen Gestaltungsspielräume auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. Diesen Weg der Generationengerechtigkeit wollen und werden wir fortsetzen.

Der Nachtragshaushalt 2016 steht im Zeichen der aktuellen Entwicklungen im Asylbereich. Laut dem von der Bayerischen Staatsregierung am Dienstag beschlossenen Finanzierungskonzept sind allein im Jahr 2016 insgesamt 3,25 Milliarden Euro für die Bewältigung der Flüchtlingsströme erforderlich. Die Dimension dieser Zahlen verdeutlicht die Herausforderung für unsere Haushaltspolitik. Sie verdeutlicht aber auch, dass mittelfristig an einer Begrenzung der Zuwanderung kein Weg vorbeiführen wird. Dabei dürfen wir die riesigen gesellschaftspolitischen Herausforderungen nicht vergessen, die für eine gelingende Integration bewältigt werden müssen. Bei einem unvoreingenommenen Blick auf die tatsächlichen Kapazitätsgrenzen bei der Unterbringung vor Ort wird das jedem auffallen.

Frau Stamm, Sie schlagen vor, dass jede Gemeinde mindestens 2 % ihres Bevölkerungsanteils an Flüchtlingen aufnehmen soll. Ich weiß nicht, ob das letztendlich die Lösung für alle Gemeinden in Bayern sein wird.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Für viele!)

Viele unserer Kommunen sind an ihrer Belastungsgrenze. Ich möchte mich bei allen herzlich bedanken, die nach wie vor mit großem Einsatz tatkräftig mitwirken: bei den Beschäftigten bei den Kommunen, den Regierungen, der Polizei und Justiz, aber vor allem auch den vielen ehrenamtlichen Helfern. Nur durch ihren unermüdlichen Einsatz konnten und können wir den hohen Zustrom an Asylbewerbern und Flüchtlingen bis

heute bewältigen. Ich glaube, daran gibt es nichts zu deuteln. Hierüber besteht Konsens.

Nach meiner Einschätzung wird das aber auf Dauer nicht gut gehen. Das gilt für die Unterbringungsmöglichkeiten, die Aufnahmefähigkeit unseres Landes und die Einsatzbereitschaft aller Mitwirkenden. Das gilt aber auch für unsere finanziellen Möglichkeiten. Das gilt selbst für ein so finanzstarkes Land wie Bayern. Die Zahl der Asylsuchenden muss daher durch eine Verhinderung des unberechtigten Zugangs, durch Vermeidung falscher Anreize und durch schnelle Rückführungen deutlich reduziert werden.

Insoweit sehen wir vor allem den Bund, aber auch die Europäische Union und unsere Nachbarländer in der Pflicht. Was wir als Land tun können, das tun wir, und das werden wir auch weiterhin tun. So haben wir bereits zwei zentrale Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit sowie aus dem Westbalkan geschaffen. Über deren Asylanträge muss schnellstens entschieden werden. Mittlerweile folgen viele andere Bundesländer dem bayerischen Weg.

Zum Zeitpunkt des Kabinettsbeschlusses über den Regierungsentwurf lagen noch deutlich niedrigere Prognosen über die Entwicklung der Zugangszahlen vor. Aufgrund des derzeit starken Zustroms ist zu befürchten, dass die erst kürzlich vom Bund deutlich nach oben korrigierte Prognose von bundesweit bis zu 800.000 Asylsuchenden in diesem Jahr noch übertroffen wird. Im Hinblick auf die Schuldenbremse, die im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung niedergelegt ist, müssen wir alles tun, um unseren Haushalt ohne neue Schulden zu sichern.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden unsere finanzpolitischen Ziele auch im Nachtragshaushalt 2016 weiterverfolgen. Wir werden auch künftig keine neuen Schulden aufnehmen, den Schuldenabbau mit insgesamt 550 Millionen Euro im kommenden Jahr fortsetzen und hohe Inves-

titionsleistungen von rund 6,2 Milliarden Euro im Jahr 2016 erbringen. Wir halten Maß. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie stellen dagegen Forderungen auf, ohne die verschärfte Asyl- und Flüchtlingssituation und deren Folgen für Bayern und Deutschland zu berücksichtigen.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe die Pressemitteilung des Kollegen Dr. Rabenstein vom 2. Oktober 2015 gelesen, in der er eine Anhebung des allgemeinen Steuerverbundes von 12,75 auf 15 % fordert. Das entspricht rund 700 Millionen Euro. Dies festigt meine Einschätzung. Wir lassen unsere Kommunen nicht, wie Sie das behaupten, im Regen stehen. Herr Kollege Martin Bachhuber hat das ausgeführt. Wir versorgen unsere Kommunen mit einem erneuten Rekordvolumen des kommunalen Finanzausgleichs 2016 und der bundesweit einzigartigen Erstattung der Unterbringungskosten. Wir lassen unsere Kommunen nicht im Stich.

(Beifall bei der CSU)

Der Freistaat Bayern hat im Moment wirklich andere Sorgen, wie das der Blick auf die 3,25 Milliarden Euro für das Jahr 2016 zeigt, die wir aktuell für die Themen Zuwanderung und Integration aufbringen. Ein großer Teil dieser Mittel entlastet unsere Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber.

Lieber Herr Kollege Halbleib, eines muss ich noch einmal fragen: Wer ist denn eigentlich der Staatssekretär im Bundeswohnungsbauministerium? – Das ist doch der Landesvorsitzende der SPD in Bayern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben doch die Mittel für den Wohnungsbau nach unten gefahren! Wir bauen ihn wieder auf!)

Tatsache ist, dass die Wohnungsbauministerin und ihr Staatssekretär bei der SPD sind und der Staatssekretär darüber hinaus aus Bayern stammt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben die Mittel heruntergefahren! Was Sie sagen, schlägt dem Fass den Boden aus! Es war genau andersherum!)

Sagen Sie Ihren Leuten, dass sie hier nachlegen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt ist es wichtig, dass wir den Asylbewerbern und vor allem unseren Kommunen helfen. Wir tun das ohne Einschnitte für unsere bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen dafür aber weiterhin die richtigen Prioritäten setzen. In unserem Haushalt legen wir den Schwerpunkt auf Bildung, Digitalisierung und den ländlichen Raum.

Lieber Herr Kollege Halbleib, auch auf die Gefahr, dass Sie sich weiterhin aufregen: Ich habe gestern ein bisschen über Ihre Pressemitteilung schmunzeln müssen, in der dargestellt wurde, was die SPD in Bayern alles voranbringt. Sie haben es heute wiederholt. Sie haben zusätzliche Forderungen für die Wohnraumförderung, für die Schulen, für die Erwachsenenbildung, für staatliche Schulgebäude, für Straßen und Brücken sowie für den Ausbau von Bus- und Bahnverbindungen eingebracht. Das alles können wir tun, sobald wir die Mittel dafür zur Verfügung haben. Derzeit konzentrieren wir den Großteil unserer Mittel auf die Bewältigung der Zuwanderung und damit auf die Sorge für die Menschen, die zu uns kommen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir müssen 350 Millionen Euro jährlich für die Landesbank aufwenden! Das habt ihr verbummelt!)

Herr Kollege Halbleib, das sollten Sie verinnerlichen. Wir können auch von Ihnen erwarten, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Sie dürfen in diesen Tagen nicht nur irrealen Forderungen aufstellen!

(Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Stamm, Sie haben auf die Steigerungen in Bayern hingewiesen. Diese Steigerungen sind darauf zurückzuführen, dass wir für die Bewältigung der derzeitigen

Situation sehr viel Geld aufwenden müssen. Schauen Sie einmal nach Baden-Württemberg, wo die GRÜNEN regieren, und sehen Sie sich die Zuwächse der dortigen Haushalte an. Dagegen sind wir in Bayern Waisenknaben. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Mütze hat am 8. Mai gefordert, dass der Freistaat Bayern konsequent in die Schuldentilgung einsteigen sollte. Lieber Herr Mütze, nur ein vorsorglicher Hinweis: Wir haben bereits von 2012 bis 2015 rund drei Milliarden Euro an alten Schulden getilgt. Im nächsten Jahr werden wir weitere 550 Millionen Euro an Schulden abbauen. Das entspricht bis zum Ende des Jahres 2016 rund 16 % der Schulden im allgemeinen Haushalt. Das nennt man einen konsequenten Einstieg in den vollständigen Schuldenabbau. Angesichts der Dimensionen der Mehrausgaben im Asylbereich sollten Sie nicht erklären, dass sprudelnde Steuereinnahmen neue finanzielle Spielräume eröffneten. Das Gegenteil ist der Fall. Das habe ich bereits ausgeführt.

Unsere Richtschnur für den Nachtragshaushalt 2016 lautet: Wir bewahren die finanzpolitische Stabilität unseres Haushaltes. Wir nehmen keine neuen Schulden auf und setzen die Schuldentilgung fort. Zur Finanzierung der Asylausgaben werden keine Leistungen gekürzt. Liebe Frau Stamm, ich freue mich, dass Sie gestern noch gesagt haben, dass Sie auch dieses Mal versuchen würden, einen ausgeglichenen Haushalt zu sichern. Wir sind gespannt, wie Sie das machen wollen; denn Ihr Kollege Mistol sagt, dass wir eine Anhebung des Steuerverbundes auf 15 % bräuchten, was, wie gesagt, 700 Millionen Euro ausmachen würde. Außerdem gibt es noch eine Aussage Ihrer Vorsitzenden in Bayern, die bereit ist, neue Schulden aufzunehmen, um die derzeitigen Probleme zu lösen. Das spricht für sich.

Noch einmal zum kommunalen Finanzausgleich: Über die Spitzabrechnung beim Thema Asyl hinaus helfen wir unseren Kommunen mit einem starken kommunalen Finanzausgleich. 8,5 Milliarden Euro unseres Haushalts werden den Kommunen zur

Verfügung gestellt. Durch diesen erneuten Rekordwert des kommunalen Finanzausgleichs 2016, der von den Bürgermeistern über alle Parteigrenzen hinweg anerkannt wird, geben wir unseren Kommunen den notwendigen Spielraum, um auf die aktuellen Herausforderungen zu reagieren.

Das bereinigte Ausgabenvolumen 2016 steigt im Regierungsentwurf zum Nachtragshaushalt von bisher rund 52,3 Milliarden Euro um rund 800 Millionen Euro auf rund 53,1 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr 2015 von 2,6 auf 4,1 %. Ohne die Mehrausgaben für das Thema Asyl würden die Steigerungsraten mit 2,3 % unter der jährlichen Ausgabenbegrenzung von 3 % liegen. Allein die Notsituation macht diese Steigerung notwendig. Dazu stehen wir auch.

Der Nachtragshaushalt steht im Zeichen des Asyls. Im Regierungsentwurf sind im Sonderhaushalt "Asyl" bisher Ausgaben für das Jahr 2016 in Höhe von insgesamt rund 1,46 Milliarden Euro vorgesehen. Das ist ein Plus von rund 922 Millionen Euro gegenüber dem Stammhaushalt 2016. Seit dem Beschluss des Regierungsentwurfs am 4. August hat sich die Problematik weiter dramatisch verschärft, wie wir alle wissen. Das am Dienstag von der Staatsregierung beschlossene neue Finanzierungskonzept berücksichtigt das Sonderprogramm "Zusammenhalt fördern, Integration stärken" und die Beteiligung an den Kosten für Asyl- und Schutzsuchende.

Allein diese Mehrausgaben belaufen sich auf insgesamt rund 1,79 Milliarden Euro. Die Gesamtausgaben, ich wiederhole mich, steigen damit auf 3,25 Milliarden Euro. Dem steht eine Bundesbeteiligung für das Jahr 2016 in Höhe von lediglich rund 570 Millionen Euro gegenüber; das heißt, der Rest muss vom bayerischen Staatshaushalt erbracht werden. Herr Kollege Muthmann, wir geben alles weiter, was der Bund gewährt, und legen noch erhebliche Mittel drauf, damit unsere Kommunen dieses Problem lösen können.

(Beifall bei der CSU)

Probleme hat es auch bei der Abwicklung dieses Haushalts gegeben. Wir haben uns darauf verständigt – dafür bin ich sehr dankbar –, dass wir alles das beiseitelassen und uns nun mit der Bewältigung dieser Aufgabe auch im Nachtragshaushalt befassen. Ein herzliches Dankeschön an meine Kolleginnen und Kollegen dafür, dass wir gemeinsam diese Probleme bewältigen können. Wir orientieren uns dabei an den Praktikern, die das Flüchtlingsproblem vor Ort lösen. So werden auch wir die zeitlichen Herausforderungen mit dem Nachtragshaushalt bewältigen.

Traditionell wird der Nachtragshaushalt nicht für neue Stellen geöffnet. Die Ausnahme-situation macht das aber erforderlich. Deshalb werden wir zusätzliche Stellen in erster Linie bei der Bauverwaltung für die Unterbringung von Flüchtlingen, bei den Schulen, bei der Polizei, bei den Gesundheitsämtern, bei der Justiz und auch beim Verfassungsschutz schaffen. Nach dem aktuellen Konzept der Staatsregierung zur Förderung des Zusammenhalts und der Integration sollen insgesamt rund 3.770 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Mit den bereits im Regierungsentwurf des Nachtragshaushalts vorgesehenen rund 1.680 zusätzlichen Stellen wären es rund 5.450 zusätzliche Stellen, die befristet bis Ende 2018 bzw. 2019 geschaffen werden sollen. Die Bewältigung des Flüchtlingsstroms ist die größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung. Das spiegelt sich auch in den von der Staatsregierung vorgeschlagenen Stellen-erhöhungen wider.

Über die dauerhafte Wohnraumversorgung werden wir bei den Beratungen des Nachtragshaushalts, wie ich den Debattenbeiträgen der Kollegen entnommen habe, sicher weiter diskutieren. Mit einem staatlichen Sofortprogramm mit einem Volumen von 70 Millionen Euro für 2016 sollen Wohnungen für anerkannte Flüchtlinge geschaffen werden. Mit dem kommunalen Förderprogramm mit einem Volumen von 150 Millionen Euro für 2016 soll durch die bayerischen Kommunen Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge geschaffen werden. Mit einem Wohnungsbauprogramm des bayerischen Finanzministeriums mit einem Volumen von rund 20 Millionen Euro sollen von den staatseigenen Wohnungsbaugesellschaften in Nürnberg und in München 2.000 Woh-

nungen bis 2020 auf den Weg gebracht werden. Mit der staatlichen Wohnraumförderung für alle soll Wohnraum für Haushalte mit niedrigem Einkommen mit einem Gesamtvolumen von rund 402 Millionen Euro für 2016 gefördert werden. Das ergibt im Jahr 2016 insgesamt rund 640 Millionen Euro für die Schaffung neuen Wohnraums. Wenn sich der Bundesgesetzgeber hier aktiv zeigen würde, könnten wir noch mehr private Mittel akquirieren.

Zur Stärkung der bayerischen Verkehrsinfrastruktur ist für 2016 eine Erhöhung der Planungsmittel um 10 Millionen Euro vorgesehen, um die Planungen im Bundesfern- und Staatsstraßenbau zu beschleunigen.

Die Beratungen im Haushaltsausschuss beginnen nächste Woche. Wir, die CSU-Fraktion, werden uns bei den Beratungen – das entspricht unserem Selbstverständnis, Herr Muthmann – insbesondere dafür einsetzen, dass zielgerichtet in die Infrastruktur für unsere Polizei, in die Barrierefreiheit staatlicher Gebäude und in die Kultur im ländlichen Raum investiert wird. Mit dem Nachtragshaushalt 2016 führen wir unter einer wirklich enormen Kraftanstrengung unsere solide Haushaltspolitik fort. Anders als viele andere Bundesländer, die von unseren Zahlungen in den Länderfinanzausgleich profitieren und sich bei der Bewältigung des Flüchtlingsstroms teilweise unsolidarisch zeigen, tragen wir alle Ausgaben aus eigenen Mitteln. Ich darf daran erinnern, dass vorhin von 12.000 unbegleiteten Minderjährigen gesprochen wurde. Manche sprechen sogar von 14.000. Unsere Bitte an die anderen 15 Bundesländer, uns dabei zu helfen, hat dazu geführt, dass ein Angebot für die Unterbringung von 99 unbegleiteten Minderjährigen kam. Das ist meines Erachtens nicht solidarisch.

Wir geben nur das Geld aus, das wir vorher erwirtschaftet haben. Der Haushalt ohne neue Schulden und der Schuldenabbau sind unsere Markenzeichen. Wir, die CSU-Fraktion, stehen für eine generationsgerechte und nachhaltige Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Winter. - Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Geschätzter Herr Kollege Winter! Beim Wohnungsbau sollten Sie Ihre Worte bedenken. Klar ist, dass zwischen Bund und Ländern im Rahmen der Föderalismusreform Kompensationsmittel vereinbart worden sind. Die Kompensationsmittel, die vom Bund an Bayern gezahlt worden sind, sind in der Weise verwendet worden, dass wir einen Niedrigststand an Förderung von sozialem Wohnungsbau haben. Das ist schon Ihre ureigenste Verantwortung und das sollten Sie an dieser Stelle auch einmal anerkennen.

Ein zweiter Punkt. Sie fragen immer nach der Finanzierung. Ich darf Ihnen schon in Erinnerung rufen, dass im Haushaltsjahr 2016 350 Millionen Euro an Zinsen für die Bayerische Landesbank zu zahlen sind. Damit könnten wir 15.000 Wohnungen finanzieren oder 7.000 Lehrer bezahlen. Für die Fehlsteuerung der Landesbank sind allein Sie, die CSU, verantwortlich. Das sollten Sie an der Stelle schon auch einräumen.

Dann darf ich noch zwei Punkte ansprechen, die die Finanzierung betreffen. Wir haben im nächsten Jahr Einnahmen in Höhe von 1,4 Milliarden aus der Erbschaftsteuer eingeplant. Das ist die Steuer, die Sie abschaffen wollen. Das können Sie zwar fordern, wir aber kämpfen für diesen Finanzierungsbeitrag.

Ich darf Sie auch daran erinnern, dass in den letzten Jahren, ausgelöst durch den Ankauf von Daten-CDs, gegen den Sie sich verweigert haben, durch Selbstanzeigen in Bayern Steuermehreinnahmen in Höhe von etwa 2 Milliarden kamen. Uns brauchen Sie daher von Refinanzierung nichts zu sagen.

Eine abschließende Bemerkung: Genau unsere Anträge, die Sie bei der Beratung des Doppelhaushalts abgelehnt haben, kommen jetzt beim Nachtragshaushalt als Errungenschaft der CSU wieder. Hätten Sie damals unseren Anträgen zugestimmt – damals gab es die gleichen Gegenreden wie heute -, bräuchten wir heute beim Nachtrags-

haushalt über diese Punkte gar nicht mehr reden. Wir hätten mehr Lehrer an den Schulen, und wir hätten schon wesentlich mehr für den Wohnungsbau getan. Das ist Ihre Verantwortung, Kollege Winter.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Winter, bitte schön.

Peter Winter (CSU): Lieber Herr Kollege Halbleib! Hinterher weiß man es immer besser. Jetzt weiß sogar der Oberste Rechnungshof, dass es ein Fehler war, uns aufzuzwingen, diese Leistungen abzubauen. Ich sage es Ihnen noch einmal: 640 Millionen geben wir insgesamt für den Wohnungsbau aus. Ich habe es aufgezeigt. Damit braucht sich der Freistaat Bayern wahrlich nicht zu verstecken. Dennoch würden Impulse aus dem Bundeswohnungsbauministerium, das von Ihnen geführt wird, vielleicht helfen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Zwei Milliarden kommen vom Bund! Zwei Milliarden, das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen!)

Ich weiß, dass die Landesbank ein tolles Thema ist.

(Hans Herold (CSU): Von vorgestern!)

- Erstens ist es ein Thema von vorgestern, weil die Probleme im Gegensatz zu anderen Bundesländern, in denen es gar keine Landesbanken mehr gibt, mittlerweile von uns gelöst werden.

(Volkmar Halbleib (SPD): 350 Millionen sind heuer zu zahlen!)

Zweitens waren an der Landesbank auch viele andere beteiligt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Welche anderen?)

Ich will nicht mehr das alte Lied singen. An der Landesbank waren auch viele Kommunalpolitiker aller Couleur beteiligt,

(Hans Herold (CSU): Auch der OB von Nürnberg!)

die einem Knaben aus der Landesbank hinterhergelaufen sind.

Ich wäre einmal darauf gespannt, welche Mehreinnahmen an Steuern uns beschieden wären, wenn wir die Erbschaftsteuer regionalisieren würden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die wollt ihr doch abschaffen!)

Vielleicht folgt ihr einmal unseren Anträgen. Dann reden wir darüber, wie es weitergeht.

(Volkmar Halbleib (SPD): 1,4 Milliarden wollt ihr abschaffen!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Winter. - Nächste Zwischenbemerkung: Frau Kollegin Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Winter! Ich habe mich jetzt noch einmal zu Wort gemeldet, weil Sie immer nach oben geschaut haben, als Sie mich gesucht haben. Hier bin ich, auf der Seite der GRÜNEN.

Peter Winter (CSU): Ich habe Sie immer im Auge, Frau Kollegin.

Claudia Stamm (GRÜNE): Wir haben in den letzten Jahren immer einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorgelegt, und wir würden das auch diesmal wieder tun. Das ist unser Ziel. Wenn wir aber keine verlässliche Datenbasis haben – die haben wir heute noch nicht -, dann ist es eben schwierig. Im Rahmen dessen, was möglich ist, werden wir es aber wieder tun. Das verspreche ich Ihnen. Das ist das eine.

Das andere sind die Kommunalfinanzen. Kollege Mistol und ich liegen dabei voll auf einer Linie. Wir haben immer gesagt, dass wir schrittweise und nicht von heute auf morgen auf 15 % kommen müssen. Wir haben für den Doppelhaushalt eine Anhebung um 0,2 % vorgeschlagen, weil wir der Meinung sind, dass die Kommunen nicht am goldenen Zügel des Staates geführt werden müssen. Sie müssen nicht irgendwelche

Einzelleistungen gefördert bekommen, sondern sie müssen sehr wohl selbst entscheiden können, wie sie ihr Geld einsetzen. Ich möchte jetzt nicht hören, dass es noch nie so viel Geld für die Kommunen gab. Das liegt nicht daran, dass irgendetwas erhöht wurde, sondern es liegt daran, dass die Steuereinnahmen so gesprudelt sind. Auf die 15 % wollen wir schrittweise kommen, damit die Kommunen selbst entscheiden können. Dafür wollen wir weniger einzelne Fördertatbestände.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Winter.

Peter Winter (CSU): Liebe Frau Kollegin Stamm! Seien Sie sich versichert, dass ich Sie immer im Auge habe, weil es gar nicht gut wäre, wenn es anders wäre. – Sie haben das letzte Mal schon versucht, dem Haus zu erklären, dass Sie einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt haben.

Ich habe Ihnen schon damals gesagt, dass Sie Ihre Rechnung überprüfen sollten, weil es 200 Millionen an Mehrkosten waren, wenn ich es richtig in Erinnerung habe. Ansonsten kann ich Ihnen nur noch einmal sagen: Der Finanzausgleich wird nicht par ordre du mufti festgelegt. Ob Sie das hören wollen oder nicht: Da verhandeln die kommunalen Spitzenverbände mit. Alle kommunalen Spitzenverbände einschließlich des Vorsitzenden des Städtetages haben das Ergebnis dieser gemeinsamen Verhandlungen gelobt. Natürlich kann es immer mehr sein, und natürlich kann immer etwas aufgestockt werden. Ich glaube, wir brauchen uns nicht zu verstecken. Nennen Sie mir ein Land, das seinen Kommunen solche Unterstützungen gewährt wie der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Winter. – Jetzt hat sich, motiviert durch Ihre Repliken, auch Herr Muthmann noch gemeldet.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Kollege Winter, ich habe in meinem Beitrag, was die Unterstützung der Kommunen angeht, insbesondere auf eine Zusage des Ministerpräsidenten hingewiesen, dass die Jugendhilfekosten für unbegleitete Jugendliche vollständig übernommen werden sollen. Ich denke, wir sind uns darin einig, dass solche Zusagen des Ministerpräsidenten auch eingehalten werden sollten. Das würde uns allen helfen. Dass die Kosten insgesamt zu hoch sind und die Qualität der Leistungen bei den unbegleiteten Jugendlichen bei geringeren Kosten verbessert werden kann, ist ein anderer Aspekt, über den wir uns unterhalten wollen. Ich hätte gerne Ihre Unterstützung, dass die Zusage des Ministerpräsidenten eingehalten wird. Wenn der Nachtrag so beschlossen wird, stehen 632 Millionen zur Verfügung.

Peter Winter (CSU): Lieber Kollege Muthmann, wir sind gemeinsam im Haushaltsausschuss. In Regensburg haben wir schon damals überlegt und uns gefragt, ob alles in dieser Form gemacht werden muss, wie es geschieht. Darum mahne ich als Haushaltsausschussvorsitzender die Verwaltung, die Dinge so zu machen, dass sie in Ordnung sind, dass sie vertretbar sind, aber dass alle anderen Spielereien wegbleiben. Das ist mir wie, glaube ich, dem gesamten Haushaltsausschuss ein wesentliches Anliegen. Ich gehe davon aus, dass die 632 Millionen, die im Haushalt stehen, auch an die Bezirke gehen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Winter. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Die Aussprache ist geschlossen. Die beiden Gesetzentwürfe werden gemäß § 148 der Geschäftsordnung in den Haushaltsausschuss verwiesen.

Da wir den Tagesordnungspunkt 4 schon erledigt haben, kommen wir jetzt gleich zu Tagesordnungspunkt 5. Ich gebe Ihnen einen Überblick über die Zeit. Wir können sicher davon ausgehen, dass die Tagesordnungspunkte 5 f und 5 g heute nicht mehr aufgerufen werden können. Das ist die Erste Lesung zum Antrag der Staatsregierung

betreffend den Rundfunkänderungsstaatsvertrag und die Erste Lesung zum gemeinsamen Gesetzentwurf zu den Community Media. Ich denke, wir können – ich weiß nicht, wann ich das zuletzt erlebt habe – auch davon ausgehen, dass es heute keine namentliche Abstimmung geben wird. Auch das ist etwas, glaube ich, was wir alle miteinander lange nicht erlebt haben. Nichtsdestoweniger bitte ich das nicht als Aufforderung zu verstehen, jetzt schon zu gehen; wir haben noch weitere interessante Gesetzentwürfe auf der Tagesordnung.